

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Protest gegen Wahlkampfauftritt der NPD in Köln

- *Konzept der Linkspartei vor der Wahl und als Einstieg für die Fraktion im nächsten Bundestag – S. 4*
- *NSU-Untersuchungsausschuss: Konsequenzen ziehen für Polizei und Geheimdienste – S. 6*
- *Hamburg-Altona: Ein Viertel wird stigmatisiert – und wehrt sich – S. 12*
- *Aktionen der Gewerkschaften zur Bundestagswahl 2013 – S. 16*
- *Linke Parteien in Europa – S. 18*

Ausgabe Nr. 9 am 12. September 2013, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:



NPD-Tour stößt auf vielfältigen Widerstand

Seit dem 12. August ist die NPD mit ihrem Wahlkampf- und Werbe-LKW, den sie selbst als ihr „Flaggschiff“ bezeichnet, unterwegs in Deutschland. Begonnen haben sie am 12. August in Rostock. Fast täglich versuchen die Faschisten aus den Reihen der NPD auf Marktplätzen und in Innenstädten Kundgebung abzuhalten und ihre braune Hetze zu verbreiten.

Bisher jedoch nur mit mäßigem Erfolg, meistens erlitten sie dabei aufgrund von Gegenprotesten mit ihrem „Flaggschiff“ Schiffbruch. So zum Beispiel in Bremen, hier protestierten 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten entschlossen und lautstark gegen die NPD. Schließlich wurde die Aktion der Faschisten von der Polizei beendet. In Münster gingen über 1000 Menschen auf die Straße und blockierten den eigentlichen Kundgebungsort der NPD und zwangen diese so auf einen anderen Ort auszuweichen. Als die Nazis ihre Kundgebung beendet hatten blockierten zahlreiche Menschen die Straße und hinderten die NPD an der Abfahrt. (Quelle: indymedia)

In Köln traf der NPD-LKW am Mittwoch, 21. August gegen 10.30 Uhr ein. Gerade mal 9 NPDLern standen dann über 100 GegendemonstrantInnen gegenüber, die die drei rassistischen Reden durch ihren lautstarken Protest unhörbar machten. Publikum war nicht erschienen. Viel Polizei sicherte diesen absurden Auftritt. (Antifaschistische Nachrichten)

Am 27. August wurden in Hanau und in Mannheim die Auftritte der NPD gestoppt. In Hanau hatte die Stadt erfolglos versucht die Kundgebung zu verbieten. Als während der Kundgebung der NPD-Bundeschef Holger Apfel von

„muslimischer Landnahme“ sprach, wurde die Versammlung auf Anweisung des Oberbürgermeisters Claus Kaminsky, der sich unter Gegendemonstranten befand, aufgelöst wegen Volksverhetzung. (www.endstation-rechts.de)

Im Mannheim haben über 400 Gegendemonstranten den Parolen der Nazis keine Chancen gelassen. Die Stadt Mannheim hat die Versammlung der NPD abgebrochen! Lautstark mit Trillerpfeifen, Klatschen und Nazi-raus-Rufen haben mehrere hundert Gegendemonstranten den Parolen der Nazis keine Chancen gelassen. Die Versammlungsbehörde der Stadt Mannheim hat die Kundgebung der NPD auf dem Alten Messplatz abgebrochen, weil fremdenfeindliche Äußerungen gefallen sind. „Mehrere Äußerungen in der Rede haben in der Summe zu der Auflösung geführt“, erklärte Carola Wacker vom Fachbereich für Sicherheit und Ordnung dem „Mannheimer Morgen“. (IG Metall Mannheim)

In der hessischen Gemeinde Bad Hersfeld hat FDP-Bürgermeister Wehling Wahlplakate der NPD mit dem Slogan „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ entfernen lassen. Das sei kein Wahlkampf mehr, sondern „diskriminierend und gehört nicht in unsere Stadt“. In Bad Hersfeld leben knapp 500 Sinti und Roma. („Neues Deutschland“)

Am 30. August waren die Auftritte der NPD in Reutlingen, Ludwigsburg und Stuttgart ebenfalls von Protestaktionen begleitet. Das Vorgehen der Mannheimer und Hanauer Ordnungsbehörden fand Beachtung bei den Ordnungsämtern und Staatsanwaltschaften. Die Zeitung berichtete, dass die Behörden anwesend waren, um Straftaten wie Volksverhetzung zu ahnden und zum Anlass zu nehmen,

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

die Kundgebungen zu untersagen. Die NPD-Funktionäre übten sich deshalb in grenzwertiger Agitation und vermieden offen strafbare Äußerungen. („*Stuttgarter Nachrichten*“)

Am 1. September fiel die NPD-Wahlkampf tour in Neu-Ulm ins Wasser: Die Stadtverwaltung hatte auf dem Kundgebungsplatz, wo die NPD auftreten wollte, eine „Leistungsschau“ des Baubetriebshofs mit Schneepflügen und Müllwagen angesetzt, die auch bei einem eventuellen Auftritt der NPD weitergehen sollte; der Platz war entsprechend mit Fahrzeugen voll. Da die NPD beim geplanten Beginn nicht erschien, wurde ihr dann später von der Ordnungsbehörde der Auftritt untersagt: die Versammlungszeit sei abgelaufen. Auch hier war der Auftritt von lautstarken Protesten und einer Gegenkundgebung (unter anderem mit der bayerischen CSU-Justizministerin Beate Merk und dem CSU-OB Gerold Noerenberg) begleitet. („*Stuttgarter Zeitung*“; Foto aus Köln: pb)

Zusammenstellung: alk

Syrien, eine schwache Chance?

Niemand weiß bis jetzt, wie es zu dem Giftgaseinsatz in Syrien gekommen ist. Vielleicht wird das nie geklärt werden können. Allerdings leugnet die Regierung Syriens nicht, über C-Waffen zu verfügen. Auch wird von keiner Seite bestritten, dass diese Massenvernichtungsmittel im Bürgerkrieg zum Einsatz kamen. Nun besteht die syrische Regierung darauf, diesen Einsatz nicht befohlen zu haben. Dass es sich um Waffen aus ihren Beständen gehandelt hat, bestreitet sie nicht; wäre wohl auch sinnlos, denn diese Frage kann nach der Spurensicherung durch die UN-Inspektion zweifelsfrei geklärt werden. Auch wenn unklar bleibt, welche bössartige Intrige letztlich zum verbrecherischen Einsatz geführt hat, am Ende bleibt die schlechte Alternative, dass die Regierung Assad diese Waffen entweder eingesetzt hat oder aber nicht verhüten konnte, dass sie in großem Umfang samt Trägermittel in die Hände bislang nicht genau identifizierbarer Kriegsverbrecher gelangten. Und insbesondere diese zweite Alternative fürchten auch jene ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, bei denen das Regime Assad Rückhalt hat, zum Beispiel Russland.

Wenn der vorläufig noch vage Plan, diese Kampfmittel Syriens durch die Vereinten Nationen aus dem Verkehr zu ziehen, gelingen sollte, würden sich die Kräfteverhältnisse in der Region verschieben. Das strategische Gewicht der konventionellen Kräfte der Türkischen Republik würde aus Sicht des syrischen Regimes erdrückend. Die Unfähigkeit, den Nichteinsatz der in seinem Besitz befindlichen C-Waffen

zu gewährleisten, hat die Bündnislage des Assad-Regimes verändert. Es hat – auch in den Augen seiner Verbündeten – seine Souveränität nicht behaupten können. Es hat jetzt noch die Chance, sich wenigstens teilweise unter die Kontrolle der Vereinten Nationen zu begeben. Darin kann auch eine Chance liegen, den Bürgerkrieg irgendwie einzufrieren. Inzwischen hat sich auch die Volksrepublik China positiv zum russischen Vorschlag geäußert. Dagegen opponiert die Türkei und fordert einen sofortigen Militärschlag.

Außerordentlich gefährlich ist in dieser Situation die enge zeitliche Befristung, die Syrien von der westlichen Diplomatie für einen solchen Schritt eingeräumt wird. Denn es war ja gerade die Verzögerung der Intervention, die durch die kritische Öffentlichkeit, die Parteien und letztlich die Parlamente wichtiger Nato-Staaten erreicht wurde, die eine Verhandlungssituation geschaffen hat.

Es sollte klar sein, dass die kampfbereite Präsenz der Nato an der türkisch-syrischen Grenze, an den Küsten Syriens und an den Grenzen seines Luftraums ein Risiko ersten Ranges darstellt. Die Nato muss ihre Präsenz zurücknehmen, damit die Uno eine Rolle spielen kann. Ein wichtiger Beitrag der deutschen Politik (und auch ein Prüfstein ihrer Absichten) wäre der Rückzug der Patriot-Raketen aus dem syrischen Grenzgebiet. *Martin Fochler*

Bayerische Geschichtspolitik

maf. Die Bayerische Staatskanzlei, die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (www.blz.bayern.de/blz/) und das Tschechische Zentrum (munich.czechcenters.cz) veranstalten am 26. September in der Münchner Hochschule für Musik und Theater (dem ehemaligen Führerbau und Ereignisort) in Zusammenarbeit mit dem

NS-Dokumentationszentrum München sowie weiteren Institutionen der Tschechischen Republik eine Tagung zum 75. Jahrestag des sog. Münchner Abkommens. In der Einladung heißt es: „Wenige Tage vor dem 75. Jahrestag der Unterzeichnung des Abkommens gehen wir Fragen wie diesen nach: Wie konnte es dazu kommen, dass die Tschechoslowakei 1938 zu einem bloßen Objekt des Völkerrechts gemacht wurde? Welche Bedeutung hat das Münchner Abkommen in Deutschland und in der Tschechischen Republik bis in die heutige Zeit? Wie war der Umgang mit dem Münchner Abkommen und seiner Gültigkeit in der Nachkriegszeit? Was hat die Welt daraus gelernt: Wäre ein ähnliches Abkommen heute noch einmal möglich?“

Hintergrund: Politik, Wissenschaft und Kultur der Bundesrepublik, insbesondere Bayerns, als selbsternannter „Schirmherr“ des Sudetendeutschtums, billigen dem erpresserischen Akt des Naziregimes völkerrechtliche Geltung zu, während die tschechischen Diskussion und Politik für unbestreitbar hält, dass dieses Abkommen von Anfang an ungültig gewesen war.

In den aktuellen politischen Beziehungen kann diese Frage beiseite liegen bleiben, in einem historischen Museum, wie dem NS-Dokumentationszentrum München – derzeit noch im Planungsstadium – geht das nicht. Der Einladungstext legt die Vermutung nahe, dass die bayerische Politik sich mit Verweis auf eine Weiterentwicklung des Völkerrechts aus der Affäre ziehen will. Als Fortschritt muss verbucht werden, dass die Frage in einer deutsch-tschechischen Veranstaltung erörtert wird. Wäre es nicht angebracht, tschechischen Institutionen im Münchner NS-Dokumentum Raum zur authentischen Dokumentation ihrer Sicht dauerhaft einzuräumen? Wir berichten weiter.

Umfragen Bayern

[Umfragen Landtagswahlen]

Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre ...

Institut	Auftraggeber	Befragte	Datum	CSU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	FW	PIRATEN	Sonstige
Forschungsgruppe Wahlen	ZDF	1.010	03.09.–05.09.	06.09.2013	48 %	20 %	10 %	4 %	–	8 %	10 %
Infratest dimap	ARD	1.006	03.09.–05.09.	05.09.2013	47 %	21 %	11 %	3 %	3 %	7 %	8 %
GMS	Sal.1 Bayern	1.009	30.08.–02.09.	03.09.2013	47 %	18 %	13 %	5 %	3 %	8 %	2 %

Umfragen Hessen

[Umfragen Landtagswahlen]

Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre ...

Institut	Auftraggeber	Befragte	Datum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	PIRATEN	Sonstige
Forsa	Frankfurter Neue Presse	2.012	27.08.–29.08.	03.09.2013	39 %	28 %	15 %	6 %	4 %	2 %
Forschungsgruppe Wahlen	FAZ, FFH	1.040	19.08.–26.08.	26.08.2013	38 %	30 %	15 %	5 %	4 %	–
Infratest dimap	Hessischer Rundfunk	1.000	15.08.–18.08.	21.08.2013	39 %	31 %	14 %	5 %	4 %	–

Zwei wichtige Landtagswahlen: In Bayern scheint möglich: CSU-Alleinregierung, Fortsetzung von CSU/FDP. In Hessen scheint inzwischen eine Fortsetzung der bisherigen CDU/FDP-Koalition möglich, obwohl es lange nach einem Wechsel zu SPD/Grüne aussah.

Politikwechsel: Sozial. gerecht. machbar. Mit der Linken.

In einem Papier, das auf dem Konvent der Linken am 9. September 2013 im Umweltforum in der Berliner Auferstehungskirche vorgestellt wurde, hat die Partei zehn Kernziele und Einstiegsprojekte für die kommende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages formuliert:

Die bevorstehende Wahl könnte ein Wendepunkt sein. Ein Anlass für eine demokratische Debatte, wohin das Land steuern soll: Wollen wir, dass dieses Land gerechter wird oder dass wenige durch Arbeit vieler reich werden? Wollen wir, dass dieses Land keinen Menschen zurück lässt oder soll Armut von Kindern, Beschäftigten und Rentnerinnen und Rentnern weiterhin Millionen zählen? Wollen wir, dass die Bundesrepublik zum Motor eines sozialen Aufbruchs für Europa wird oder soll auch die nächste Bundesregierung den Kontinent weiter in die wirtschaftliche und soziale Depression treiben? Wollen wir, dass dieses Land endlich wieder zum Grundsatz zurückkehrt,

rungen. Immer wenn die SPD sich von der CDU absetzen will wird deutlich, dass sie tief in die negativen Entwicklungen der letzten Jahre verstrickt ist. Glaubwürdig würde ihre Orientierung hin zu einer sozialen Politik nur, wenn sie aufhörte, auf eine große Koalition zu schießen. Doch mit Blick auf die Regierungsbildung wollen die anderen Parteien es sich untereinander nicht verderben. Ein wirklicher Politikwechsel ist so nicht möglich. Die drängenden Fragen unserer Zeit werden dabei umgangen.

Die Linke im Parlament wird Ideenwerkstatt für den sozialen Fortschritt und Motor für den Politikwechsel sein. Unsere Partei wird in der kommenden Wahlperiode *zehn konkrete Kernziele* eines Politikwechsels in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen und dafür politische Einstiegsprojekte definieren, *die unsere neue Fraktion in den ersten Monaten auf die politische Tagesordnung setzen wird:*

einer Flexibilitätszulage sein.

Arbeit darf nicht krank machen! Stressbedingte Krankheiten nehmen zu. Befristung, Werkverträge, Leiharbeit, Überstunden – diese Arbeitsformen machen es unmöglich, ein Leben zu planen. Das wollen wir ändern.

Als ersten Antrag werden wir ein *Verbot der sachgrundlosen Befristungen* fordern.

Um Arbeitszeitverkürzung zu befördern, werden wir zu Beginn der Wahlperiode beantragen, dass die zulässige wöchentliche Höchstarbeitszeit von derzeit 48 auf 40 Stunden gesenkt wird. Ausnahmeregelungen müssen deutlich reduziert, Überstunden effektiv begrenzt werden.

Frauen sind besonders häufig von unfreiwilliger Teilzeit, geringfügiger Beschäftigung und unverhältnismäßig schlechter Entlohnung betroffen. Entlohnung und Arbeitssituation für Erzieherinnen und Erzieher, Krankenschwestern und Pfleger und im Einzelhandel wollen wir deutlich verbessern.

Zu Beginn der Legislaturperiode werden wir einen Antrag einbringen, Mini- und Midijobs in sozialversicherungspflichtige reguläre Beschäftigung zu überführen.

2. Wir wollen Altersarmut abbauen und das Rentenniveau erhöhen:

In vier Jahren soll kein Mensch im Alter mehr arm sein, die Rente muss wieder den Lebensstandard sichern.

Wir werden zu Beginn der Wahlperiode ein *Rentenkonzept* einbringen. Der erste Schritt: Die Rente erst ab 67 *voll rückgängig* gemacht werden.

Wir kehren zur paritätischen Finanzierung der Renten zurück. Wir beantragen im Laufe der Legislaturperiode, eine Mindestrente von 1.050 Euro, um die Notwendigkeit zur privaten Vorsorge zu beenden. Die in der Riester-Rente erworbenen Ansprüche sollen in die gesetzliche Rentenversicherung überführt werden. Das Rentenniveau von 53 Prozent wird wieder hergestellt, indem alle Erwerbs-Einkommen an der Rentenfinanzierung beteiligt werden. Jeder und jede muss nach 40 Beitragsjahren ohne Abschläge in Rente gehen können.

3. Wir wollen die Lohn- und Renteneinheit vollenden:

Mehr als 20 Jahre nach der Einheit muss es endlich für die gleiche Leistung den gleichen Lohn, und für die glei-

Revolution?

Nein, einfach zeitgemäß: 10 Euro Mindestlohn sofort per Gesetz, 1050 Euro Mindestrente, Millionärsteuer einführen, Energie und Mieten für alle bezahlbar, Mindestsicherung statt Hartz IV, Waffenexporte verbieten!

www.die-linke.de

DIE LINKE.

nach dem von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen soll oder sollen deutsche Soldaten und Waffen weiter in aller Welt Krieg führen? Und wollen wir schließlich, dass dieses Land endlich erste Schritte auf dem Weg in eine neue solidarische, demokratische und nachhaltige Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft geht oder sollen wir uns weiter das Nachdenken über Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus verbieten lassen.

Doch zwei Wochen vor der Bundestagswahl versinken diese Fragen in einer bleiern Stimmung: *Angela Merkel und Peer Steinbrück führen an der Spitze der großen Parteien einen Wahlkampf, der nicht mal so tut, als würde um unterschiedliche Lager ge-*

1. Wir wollen den Niedriglohnsektor abbauen und das Reallohniveau erhöhen:

Wir halten es für falsch und ungerecht, dass die Löhne langsamer als die Profite steigen. Unser Ziel ist es, dass am Ende niemand, der oder die voll erwerbstätig ist, auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen ist. Ein Vollzeitlohn bei 45-jähriger Beitragszahlung muss immer eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantieren.

Unsere Einstiegsprojekte in eine Lohnoffensive werden ein *flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 Euro pro Stunde* mit einer stetigen Dynamisierungsperspektive und gleicher Lohn für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verbunden mit

che Lebensleistung die gleiche Rente geben.

Als Einstiegsprojekt werden wir ein Konzept für die schrittweise *Angleichung des Rentenwerts Ost an das Westniveau* bis 2017 vorlegen.

Wir bereiten eine Initiative vor, die niedrigeren Branchenmindestlöhne in Ostdeutschland auf Westniveau anzugleichen.

4. Wir wollen eine Gerechtigkeitswende im Steuersystem:

Unser Ziel ist es, dass am Ende der Legislatur *Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen weniger Steuern bezahlen, hohe Einkommen und Vermögen aber deutlich höher besteuert werden* und dass der Staat durch Nettomehreinnahmen dauerhaft an Handlungsfähigkeit gewinnt.

Als erste Schritte werden wir beantragen, den Spitzensteuersatz auf 53 Prozent, den Grundfreibetrag auf 9.300 Euro und das Kindergeld auf 200 Euro anzuheben (ab dem dritten Kind entsprechend mehr).

Reichtum verpflichtet: Die Vermögensteuer wurde vom Verfassungsgericht ausgesetzt, weil nicht alle Vermögensarten gleichermaßen einbezogen waren. Die Linke wird zu Beginn der Legislatur ein Modell vorlegen, in dem hohe Vermögen einer Vermögensteuer unterzogen werden.

5. Wir wollen ein Land ohne Armut:

Wir wollen Hartz IV abschaffen und perspektivisch durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro ersetzen.

Als Einstieg werden wir im Bundestag beantragen, die Hartz-IV-Sätze sofort auf 500 Euro zu erhöhen, so dass sie das soziokulturelle Existenzminimum abdecken. Die Sanktionen sind abzuschaffen.

Gleichzeitig starten wir eine Initiative für mehr öffentliche Beschäftigung. Die so genannten Ein-Euro-Jobs würden damit überflüssig werden.

6. Wir wollen die Zwei-Klassen-Medizin abschaffen:

Unser Ziel ist es, dass niemand mehr wegen seines Einkommens unterschiedliche medizinische Behandlung erfährt. Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung.

Als Einstieg werden wir beantragen, die *Beiträge* der gesetzlichen Krankenversicherungen wieder *paritätisch* von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Beschäftigten zu finanzieren. So wird der Beitrag für die Versicherten um rund 0,3 Prozent gesenkt.

Zudem werden wir umgehend die *Abschaffung der Zuzahlungen* beantragen. Brillen und Zahnersatz müssen wieder in die Regelversorgung aufgenommen werden.

Als nächsten Schritt werden wir

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...

Institut	Allensbach	Emnid	Forsa	Forsch'gr. Wahlen	GMS	Infratest dimap	INSA	Bundestagswahl
Veröffentl.	04.09.2013	08.09.2013	04.09.2013	05.09.2013	20.08.2013	05.09.2013	09.09.2013	27.09.2009
CDU/CSU	40,0 %	40 %	40 %	41 %	41 %	41 %	39 %	33,8 %
SPD	25,0 %	25 %	23 %	26 %	25 %	27 %	28 %	23,0 %
GRÜNE	12,5 %	11 %	11 %	10 %	12 %	10 %	11 %	10,7 %
FDP	6,0 %	5 %	5 %	6 %	6 %	5 %	4 %	14,6 %
DIE LINKE	7,5 %	9 %	9 %	8 %	8 %	8 %	8 %	11,9 %
PIRATEN	2,5 %	3 %	3 %	–	3 %	–	3 %	2,0 %
AfD	3,0 %	3 %	4 %	3 %	1 %	3 %	3 %	–
Sonstige	3,5 %	4 %	5 %	6 %	4 %	6 %	4 %	4,0 %

Quelle: www.wahlrecht.de

beantragen, die *Beitragsbemessungsgrenzen abzuschaffen*. Es ist nicht einzusehen, warum Menschen mit hohem Einkommen prozentual weniger zahlen sollten als Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen.

7. Wir wollen, dass Demokratie für alle erfahrbar wird:

Die Demokratie in unserem Land ist auf unterschiedliche Weise ausgehöhlt worden: Die informationelle Selbstbestimmung der Menschen wurde durch Überwachung und Ausspähung untergraben. Millionen Menschen dürfen in Deutschland nicht wählen, obwohl sie bereits seit Jahren hier leben. Ganze Lebensbereiche sind demokratischen Entscheidungen entzogen und dem Markt untergeordnet worden. Die sozialen Grundlagen der Demokratie wurden durch Privatisierung öffentlichen Eigentums untergraben – und durch den Druck von steigenden Mieten und Energiepreisen.

Wir wollen die *Persönlichkeitsrechte* der Menschen stärken.

Als ersten Schritt werden wir ein Moratorium und eine unabhängige Evaluation aller seit 2001 verabschiedeten Sicherheitsgesetze bzw. der laufenden Verhandlungen einbringen, insbesondere zum Safe-Harbor-Abkommen über die Weitergabe personenbezogener Daten aus der EU an Wirtschaftsunternehmen der USA und zum Verzicht auf die Vorratsdatenspeicherung.

Wir wollen die *demokratische Beteiligung* aller fördern.

Als ersten Schritt werden wir das Wahlrecht für alle seit fünf Jahren in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten beantragen.

Wir wollen, dass das Bildungssystem allen einen gleich guten Start ins Leben ermöglicht. Die frühe Zuteilung unterschiedlicher Lebenschancen durch das gegliederte Bildungssystem wollen wir überwinden. Bildung muss als öffentliche Aufgabe öffentlich finanziert und demokratisch organisiert sein. *Gute Bildung für alle* zu sichern ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern.

Als ersten Antrag im neuen Bundestag werden wir das Kooperationsverbot für Bund und Länder in der Bildung

rückgängig machen.

Wir wollen die *Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge stoppen* und durchgeführte Privatisierungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern rückgängig machen.

Als ersten Schritt werden wir ein Gesetz einbringen, dass alle Privatisierungsvorhaben der öffentlichen Infrastruktur – z.B. von Wasser oder Stromnetzen – an die Zustimmung der betroffenen Bevölkerung in Form einer Volksabstimmung bindet.

Wir wollen die *soziale Entmischung von Wohngebieten stoppen*. In den vergangenen Jahren sind die Mietpreise in Ballungszentren, Groß- und Universitätsstädten explodiert. Wir wollen verhindern, dass immer mehr Menschen ihre Miete nicht mehr bezahlen können und aus Stadtteilen vertrieben werden, in denen sie z.T. über Jahrzehnte gelebt haben.

Dafür werden wir einen Antrag einbringen, der Mieterhöhungen ohne Wohnwertsteigerungen oberhalb der Inflationsrate für unzulässig erklärt und Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietungen ausschließt.

8. Wir wollen eine Energiewende mit Sozialsiegel:

Wir wollen die Energieversorgung umbauen, Alternativen zu umweltschädlichen Produktionszweigen schaffen und umweltverträgliche, für alle zugängliche Formen der Mobilität entwickeln. Dazu gehört ein sozial ausgewogenes Konzept für eine Energiewende.

Wir bringen ein Konzept für die *Regulierung der Strompreise* ein. Zu den ersten Maßnahmen gehört, unberechtigte Rabatte für die Industrie zu streichen. Wir wollen ein gebührenfreies Grundkontingent und einen teureren hohen Verbrauch.

9. Wir wollen einen kategorischen Gewaltverzicht in der deutschen Außenpolitik verankern und das Geschäft mit dem Tod ächten:

Die Bundeswehr soll am Ende der nächsten Legislatur auf den Auftrag der Landesverteidigung zurückgeführt sein. Wir wollen, dass der Einsatz der Bundeswehr im Ausland – wieder – untersagt wird.

Als erstes werden wir einen An-

trag einbringen, der *alle Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan* nach Deutschland zurückberuft.

Jede Waffe findet ihren Krieg. Rüstungsexporte gehören verboten.

Wir werden zu Beginn der Legislatur beantragen, dass die Bundesregierung *keine Hermes-Bürgschaften für Rüstungs- und Waffenexporte* mehr übernimmt.

10. Wir wollen, dass Deutschland zum Motor einer sozialen Wende in Europa wird:

Gute Nachbarschaft und eine gemeinsame, solidarische und demokratische Entwicklung sind unsere Perspektive. In vier Jahren soll es in Europa keine Troika-Diktate mehr geben, und die europäischen Verträge sollen um einen Sozialpakt ergänzt sein, der gemeinsa-

me soziale Mindeststandards für alle Bürgerinnen und Bürger garantiert.

Als erste Anträge werden wir einbringen, dass private Banken nicht mehr ohne Gegenleistungen (in Form von Anteilen und Einfluss auf die Geschäftspolitik) aus Steuergeldern gerettet werden.

Weitere Rettungspakete wollen wir an zwei Bedingungen knüpfen:

Sie müssen mit einer *Sozialstaatsgarantie* verbunden werden: Lohn- und Rentenkürzungen sowie der Abbau von Sozialleistungen werden ausgeschlossen.

In den betreffenden Ländern wird eine *Vermögensabgabe* auf hohe Vermögen erhoben, um die Reichen an der Finanzierung der Krise angemessen zu beteiligen.

Mit diesen zehn Kernzielen und Einstiegsprojekten sagen wir den Wählerinnen und Wählern, in welche Richtung wir das Land verändern wollen, und woran wir unser politisches Handeln in der kommenden Legislaturperiode ausrichten werden. Wir sagen, wohin wir wollen und was wir auf den Weg bringen wollen. Wir beginnen mit einzelnen entschlossenen Schritten – aber dabei kann es nicht bleiben. Die Linke steht für eine Alternative. Dafür ringen wir um politische Mehrheiten. Wer für einen Politikwechsel ist, sich an diesen Kernzielen orientiert, ist dazu eingeladen, *der Linken am 22. September beide Stimmen* zu geben. Wer unsere Unterstützung für ein Regierungsbündnis haben will, muss sich auf den Boden dieser Ziele stellen.

Sondervotum der Fraktion Die Linke. im Bundestag zum Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses

Konsequenzen ziehen für Polizei und Geheimdienste

Alle Fraktionen des Deutschen Bundestags übten bei der Vorlage des Abschlussberichts zur Untersuchung der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“ scharfe Kritik an den Sicherheitsbehörden und forderten zahlreiche Reformen bei Polizei, Geheimdiensten und Justiz. Dieser Abschlussbericht wurde einstimmig im Untersuchungsausschuss verabschiedet. Die Fraktion Die Linke hat wie die anderen Fraktionen darüber hinaus einige weitere Punkte in einem Sondervotum aufgeführt. Wir dokumentieren die Zusammenfassung.

Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Struktureller und institutioneller Rassismus als Merkmale der Polizeiarbeit in der Ceska-Mordserie

Zur Erklärung dieser an allen Tatorten gleichen Ermittlungsrichtung, die die Ermordeten, ihre Angehörigen und die Opfer der Sprengstoffanschläge kriminalisierte und stigmatisierte, liegt es nahe, von einem strukturellen bzw. institutionellen Rassismus auszugehen. Institutioneller Rassismus ist nach Überzeugung der Fraktion Die Linke jenseits individueller Einstellungen und Überzeugungen der einzelnen Ermittler als ein strukturelles Merkmal der Polizeiarbeit bei den Ermittlungen zur rassistischen Mordserie erkennbar.

Fatale Fehleinschätzungen in Bezug auf Rechtsterrorismus von Verfassungsschutz und Polizei

Die fatalen Fehleinschätzungen von Verfassungsschutz und Polizei in Bezug auf die Existenz rechtsterroristischer Strukturen in Deutschland – in Kombination mit einem ethnisierenden und rassistischen Blick auf die Mordopfer und ihre Angehörigen – haben den Ermittlern den Weg verstellt, zu

erkennen, dass es sich bei den so genannten Ceska-Morden um eine rassistische oder neonazistische motivierte Mordserie handeln könnte.

Hauptverantwortlich: Das Bundesamt für Verfassungsschutz

Das Bundesamt für Verfassungsschutz trägt sowohl die Verantwortung für die zwei Jahrzehnte währende Verharmlosung der Neonazibewegung, ihrer militanten Organisationen und Netzwerke als auch für die Unterstützung eben jener Netzwerke durch vom BfV als V-Leute bezahlte Neonazis.

Die Nachrichtendienste haben die Gefährlichkeit des mutmaßlichen NSU-Kerntrios und ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer trotz V-Leute

Einsatz, Observationen und G 10 Maßnahmen nicht erkannt.

Das BfV ist gemeinsam mit dem LfV Thüringen ganz konkret dafür verantwortlich, dass die Gefährlichkeit des Thüringer Heimatschutzes ebenso wie die des Blood & Honour Netzwerks, darunter Unterstützerinnen und Unterstützer des mutmaßlichen NSU-Kerntrios, nicht im gebotenen Ausmaß erkannt wurde. Obwohl auch in diesen Netzwerken zahlreiche V-Leute des BfV und diverser Landesämter für Verfassungsschutz aktiv waren und diese Objekte zahlreicher nachrichtendienstlicher Operationen – inklusive G 10 Maßnahmen und Observationen waren.



Zeigen sich erste Ansätze zu einer geänderten Einstellung der Sicherheitsbehörden gegen Nazi-Propaganda? Verschiedentlich haben jetzt Ordnungsämter Kundgebungen der NPD wegen rassistischer und volksverhetzender Äußerungen abgebrochen, siehe auch die Meldung Seite 2. (Bild: Protest gegen NPD-Wahltour in Köln, pb)



Das V-Leute-System ist eine zentrale Ursache für das Versagen der Nachrichtendienste

Der Einsatz von sogenannten V-Leuten der Nachrichtendienste mit Quellschutz und Straffreiheit für kriminelle V-Leute ist eine der zentralen Ursachen für das komplette Versagen dieser Behörden im Kontext des NSU-Komplexes. In keinem einzigen Fall der vom Ausschuss untersuchten Einsätze von V-Leuten war der Nutzen durch ihren Einsatz in der Neonaziszene größer als der Schaden, den sie verursacht haben.

V-Leute-Einsatz beenden

Als Sofortmaßnahme aus dem Versagen des Bundesamtes für Verfassungsschutz muss der Einsatz von V-Leuten in der Neonaziszene beendet werden. Das V-Leute System ist nicht reformierbar. Es wird auch in Zukunft Neonazistrukturen stützen und schützen, die dann beispielsweise MigrantInnen und Flüchtlinge angreifen und engagierte BürgerInnen bedrohen.

Das bisherige Bundesamt für Verfassungsschutz muss durch eine Koordinierungsstelle des Bundes sowie eine Bundesstiftung „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ersetzt werden.

Angesichts der strukturellen Defizite und Rechtsverstöße ist die Auflösung des nachrichtendienstlich arbeitenden Verfassungsschutzverbundes in der Bundesrepublik sowohl politisch als auch rechtlich geboten. Die von den Innenministerien des Bundes und der Länderbisher eingeleiteten und geplanten Maßnahmen tragen diesem grundlegenden Veränderungsbedarf nach Überzeugung der Fraktion Die Linke nur völlig unzureichend Rechnung. Sie verfestigen nach der schwersten Krise dieser Behörden genau deren wesent-

liche Bausteine. Eine durch Bundesgesetz errichtete „Koordinierungsstelle des Bundes zur Dokumentation neonazistischer, rassistischer und antisemitischer Einstellungen und Bestrebungen sowie sonstiger Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (kurz: „Koordinierungsstelle zur Dokumentation gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“) ersetzt nach einer Aufbauphase das aufzulösende „Bundesamt für Verfassungsschutz“ als Zentralstelle des Bundes für Zwecke des Verfassungsschutzes nach Art. 87 Abs. 1 Satz 2 GG. Die Koordinierungsstelle betreibt selbst keine inhaltliche Auswertung und Aufbereitung entsprechend diesen Vorgaben entgegen genomener Informationen und Erkenntnisse. Diese obliegt einer neu zu errichtenden „Bundesstiftung zur Beobachtung, Erforschung und Aufklärung aller Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (kurz: Bundesstiftung zur Beobachtung und Erforschung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit).

Wir brauchen eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle als Konsequenz aus den Ermittlungen zur Ceska-Mordserie.

Polizeiarbeit muss für die Bürgerinnen und Bürger kritisierbar und hinterfragbar sein. Das hat der Umgang mit den Opfern und Hinterbliebenen der NSU-Taten noch einmal gezeigt. Menschen, die sich über polizeiliches Fehlverhalten, über falsche Ermittlungen oder einen problematischen Umgang mit Angehörigen von Opfern von Straftaten beschweren wollen, müssen eine mit Kompetenzen ausgestattete Anlaufstelle haben. Diese Anlaufstelle muss außerhalb der Polizei angesiedelt und unabhängig sein. Die Linke hat in der 16. und 17. Wahlperiode Vorschläge

für die Einführung einer solchen unabhängigen Polizeibeschwerdestelle vorgelegt.

Wir brauchen eine Einstellungsbefragung zum Thema „Rassismus und Polizei“.

Die Fraktion Die Linke regt an, dass die Innenministerkonferenz eine Einstellungsbefragung in den Polizeien des Bundes zum Thema „Rassismus und Polizei“ in Auftrag gibt. Damit kann die Diskussion über möglicherweise vorhandene rassistische Vorurteile und Einstellungspotenziale in den Polizeien auf eine sachliche Grundlage gestellt werden und möglicherweise notwendige Maßnahmen und Empfehlungen können sich auf entsprechendes Datenmaterial stützen.

Die Bundesmittel für Beratungsprojekte und zivilgesellschaftliche Initiativen müssen auf 50 Millionen verdoppelt werden.

Die Verdoppelung der bisherigen Bundesmittel wäre ein dringend notwendiges Signal an die Betroffenen und die Gesellschaft: Dass die politisch Verantwortlichen erkannt haben, dass Rechtsextremismus und Rassismus keine zeitlich begrenzten Phänomene sind, die von selbst wieder verschwinden. Sondern dass sie – ähnlich wie die Drogen- und HIV-Problematik – Dauerprobleme der gesamten Gesellschaft sind, zu deren Bekämpfung dauerhafte Beratungsstrukturen notwendig sind.

Die Extremismusklausel muss ersatzlos gestrichen werden.

Es höchste Zeit, dass Faktoren, die die Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen behindern, endlich abgebaut werden. Dazu gehört an erster Stelle die so genannte „Extremismusklausel“, die nach dem Willen u.a. des Bundesfamilienministeriums, aber auch weiterer Bundes- und Landesministerien im Gegenzug für staatliche Förderung unterschrieben werden muss.

Flüchtlinge integrieren und ein humanitäres Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt schaffen.

Opfer rassistischer Gewalt ohne Aufenthaltsstatus bzw. mit einer Duldung sollten durch eine neue Regelung in § 25 des Aufenthaltsgesetzes ein humanitäres Bleiberecht erhalten. Mit einer solchen Regelung im Aufenthaltsgesetz wäre ein klares Signal an die Täterinnen und Täter derartiger Angriffe sowie deren Umfeld verbunden: dass ihrer politischen Zielsetzung „Ausländer raus“ explizit entgegen getreten und ihr Ziel der Vertreibung vereitelt wird, indem VertreterInnen des Staates auch materiell für die Angegriffenen Partei ergreifen.

Österreich: skandalöse Ausbeutung von Saisonarbeitern

Die Gewerkschaft Pro-Ge (Produktionsgewerkschaft) erhebt schwere Vorwürfe gegen einen Gemüsebaubetrieb im burgenländischen Kuckuk. „Neun rumänische und ungarische SaisonarbeiterInnen wurden mit einem Körbergeld abgespeist und das bei Arbeitszeiten, die weit über dem Erlaubten lagen.“ „Darüber hinaus berichtet unser Regionalsekretär, dass die Unterbringung der Betroffenen in menschenverachtenden, eher pferchähnlichen Containern organisiert war“, berichtet Anton Wesselich, burgenländischer Landessekretär der Produktionsgewerkschaft. Die Pro-Ge hat zur Feststellung und zur Beendigung dieser unfassbaren Zustände die zuständigen Behörden, d.h. die Land- und Forstwirtschaftsinspektion des Landes und die Finanzpolizei eingeschaltet. „Für 100 Euro in der Woche mussten die ErntehelferInnen bis zu 17,5 Stunden am Tag oder 336 Stunden im Monat arbeiten und sich damit unfassbare arbeitsrechtliche Verstöße gefallen lassen. Nach Abschluss der behördlichen Erhebungen muss ein klares Zeichen gesetzt werden, dass derartiges Vorgehen kein Kavaliersdelikt sein kann, sondern dass derartige Zustände sowohl zivilrechtlich als auch strafrechtlich zu ahnden sind“, fordert der Pro-Ge-Landessekretär.

Quelle: <http://www.oegb.at>, 26.8.2013

Großbritannien: Gewerkschaften kämpfen für bessere Bahnen

ITF-Gewerkschaften haben sich am Dienstag, dem 13. August, in ganz Großbritannien gemeinsam mit Verbraucherschützern und Fahrgastverbänden für bessere Bahnen und ihre Wiederverstaatlichung eingesetzt. Die Demonstrationen wurden vom britischen Gewerkschaftsdachverband TUC organisiert und standen unter dem Motto „Action for Rail“ – Handeln für die Bahn. Sie fielen mit der jährlichen Bekanntgabe der Bahnpreiserhöhungen zusammen. Mit der Kampagne sollte auf die Vorteile einer Wiederverstaatlichung des überbelegten, zu komplizierten britischen Bahnsystems hingewiesen werden. Wie es auf der Webseite der Kampagne Action for Rail heißt, sind die Fahrpreise seit 2008 schneller gestiegen als die Durchschnittslöhne.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 13.8.2013

Jordanien: Streik im Luftverkehr abgewendet

Mit einer Vertragsunterzeichnung im Arbeitsministerium wurde in Jordanien am 19. August der Arbeitskonflikt zwischen der Fluggesellschaft Alia

Company/Royal Jordanian Airlines und der der ITF angeschlossenen jordanischen Gewerkschaft der Beschäftigten im Luft- und Fremdenverkehr beigelegt. Der Vertrag setzt mehrere Forderungen der Gewerkschaft in die Praxis um, darunter ein neues Eingruppierungssystem, das rückwirkend zum 1. Juli 2013 in Kraft tritt. Das System führt Ober- und Untergrenzen für die Anhebung der Grundgehälter sowie Verfahren für deren Festlegung und Umsetzung ein. Die Flughafenzulage aller Beschäftigten auf und unterhalb der Managementebene wird deutlich angehoben. Das Fahrpersonal und die Beschäftigten im technischen Bereich erhalten darüber hinaus eine eigene Zulage. Der Vertrag nimmt Royal Jordanian zudem in die Pflicht, die Probleme von tageweise beschäftigten Angestellten anzugehen. Im Wartungsbereich sind noch immer Aushilfskräfte, die bereits vor der Privatisierung des Wartungsunternehmens im Jahr 2000 eingestellt wurden, auf der Basis von Eintagesverträgen beschäftigt. Das Unternehmen, die Sozialversicherungsgesellschaft und der jordanische Ministerpräsident sagten zu, dieses Problem in Angriff zu nehmen.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 21.8.2013

Swasiland: Gewerkschaft setzt Anerkennung durch

Die der ITF angeschlossene Gewerkschaft Swaziland Transport and Allied Workers' Union (Stawu) unterzeichnete am Montag, dem 19. August 2013, eine Anerkennungs- und Verfahrensvereinbarung mit der swasischen Zivilluftfahrtbehörde Swacaa. Dieser historische Vertrag wird den Beschäftigten des Landes erhebliche Vorteile bringen. Der Beauftragte der Stawu für Arbeitgeber-/Arbeitnehmerbeziehungen Sticks Nkambule erklärte, dass in der Stawu organisierte Beschäftigte nun unter anderem garantierten Anspruch auf die Auszahlung von Ablösegeldern haben. Das gehe über die nach swasischem Recht vorgesehene Leistung hinaus und bedeute für die Gewerkschaft einen entscheidenden Durchbruch. In Anbetracht der langjährigen notorischen Verletzung von Gewerkschaftsrechten in Swasiland kommt diesem Erfolg besonders große Bedeutung zu. Nach Angaben des Internationalen Gewerkschaftsbunds ist Swasiland es eines der sieben Länder weltweit, in dem Gewerkschafter/innen und Gewerkschaftsrechte gefährdet sind.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 28.8.2013

Bangladesch: Keine Almosen, sondern Entschädigungen!

Als es nach den Katastrophen von Rana Plaza und Tazreen Fashions in Bangla-

desch darum ging, das Abkommen zu Gebäudesicherheit und Brandschutz zu unterzeichnen, haben viele Textilunternehmen die Gelegenheit genutzt und sich mit ihrer Unterzeichnung medienwirksam in Szene gesetzt. Die bittere Wahrheit ist: Mehr als 80 Unternehmen haben das Abkommen unterzeichnet, die meisten haben aber bisher keine angemessene Nothilfe geleistet, noch Entschädigungen zugesagt. Deshalb haben IndustriALL Global Union und IndustriALL Bangladesh Council ein Treffen zu Verhandlungen um die Entschädigungszahlungen für die Opfer der Brand- und Einsturzkatastrophen einberufen, und die verantwortlichen Unternehmen dazu eingeladen. Das Treffen war für den 11./12. August geplant, mussten aber auf September verschoben werden.

<http://www.inkota.de>, 19.8.2013

Papua-Neuguinea: Recht auf gewerkschaftliche Organisation

Nach einer fast zehn Jahre währenden Auseinandersetzung mit dem Konsumentenhersteller RD Tuna haben Beschäftigte in Papua-Neuguinea in der vergangenen Woche das Recht auf Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft erungen. RD Tuna, ein philippinisches Unternehmen mit Niederlassungen in Papua-Neuguinea, ist seit langem für sein gewerkschaftsfeindliches Verhalten bekannt. Unter anderem gründete das Unternehmen eine betriebsinterne Gewerkschaft, um die Nichtanerkennung anderer Gewerkschaften zu rechtfertigen, und ging sogar so weit, Beschäftigte und Gewerkschaftsfunktionär/innen verhaften zu lassen, die sich um die Beilegung früherer Arbeitskonflikte bemüht hatten. In einer geheimen Abstimmung, die letzte Woche vom Ministerium für Arbeit und Arbeitsbeziehungen durchgeführt wurde, befürwortete die Belegschaft die Auflösung der betriebsinternen Gewerkschaft und die Gründung einer lokalen Gewerkschaftsgeschäftsstelle für die Beschäftigten bei RD Tuna als Unterorganisation der Maritime and Transport Workers' Union (Mtwu), einer Mitgliedsorganisation von ITF und IUL, sowie die Übernahme der Statuten dieser etablierten und unabhängigen Gewerkschaft.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 30.8.2013

Australien: Baufirma lässt Klage fallen

Die ITF hat das Fallenlassen einer Klage gegen den australischen Gewerkschafts- und Bürgerrechtsaktivisten Bob Carnegie begrüßt. Insgesamt hatte die Baufirma Abigroup Carnegie wegen seiner Beteiligung an einem neunwöchigen Streik von 600 Beschäftigten auf der Baustelle des Kinderkranken-

hauses in Queensland zwischen Juli und Oktober 2012 in 18 Fällen verklagt. Sämtliche Anklagepunkte wurden nun vom Brisbane Federal Circuit Court zurückgewiesen. Paddy Crumlin, ITF-Präsident und nationaler Sekretär der Maritime Union of Australia, erklärte: „Das ist für Bob und insbesondere seine Familie, aber auch für die Gewerkschafts- und Bürgerrechtsbewegung generell eine große Erleichterung.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 20.8.2013

USA: Landesweite Streiks für Mindestlohn

Im November 2012 hatten die ersten Streiks von Fastfoodketten-Angestellten in New York begonnen, mit zunächst 200 Mitarbeitern. In den folgenden Monaten wuchs die Bewegung und im Juli 2013 wurde bereits in sieben Städten der USA gestreikt. Jetzt haben die Fastfoodketten-Angestellten erneut ihre Arbeit niedergelegt. Beschäftigte von McDonald's und anderen Fastfoodketten haben erneut höhere Löhne gefordert und dies durch landesweite Streiks bekräftigt. In rund 50 Städten waren Fastfood-Angestellte am 29. August aufgerufen, die Arbeit niederzulegen. Die Gewerkschaften hatten Aktionen u. a. in New York, Boston, Chicago, Denver und Los Angeles geplant. Neben McDonald's sollten auch Filialen von Burger King, Wendy's, Taco Bell, Pizza Hut und KFC bestreikt werden. Die Beschäftigten fordern einen Mindestlohn von 15 Dollar pro Stunde und das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Derzeit bekommen viele nur einen Stundenlohn von 7,25 Dollar – bei Vollzeitangestellten entspricht dies gerade einmal 15 000 Dollar im Jahr. Das durchschnittliche Gehalt, also höhere Angestellte inbegriffen, liegt in der Branche nach Gewerkschaftsangaben bei 9,08 Dollar pro Stunde.

Quelle: <http://www.zsz.ch>, 29.8.2013

T-Mobile USA: Proteste der Telekom-Beschäftigten

Seit langem wird über das gewerkschaftsfeindliche Verhalten der Telekom (T-Mobile) in den USA berichtet. Dort wird aktiv gegen die Versuche der Beschäftigten agiert, eine Stimme im Betrieb zu erlangen. Der Gewerkschaft Communications Workers of America (CWA) wird die Anerkennung als Verhandlungspartner verweigert. Beschäftigte, die sich für eine gewerkschaftliche Interessenvertretung einsetzen und offen erkennen lassen, gewerkschaftlich aktiv zu sein, müssen mit Sanktionen bis hin zu Entlassung rechnen. Am 29. August fand in Deutschland ein bundesweiter Aktionstag aus Solidarität mit Josh C. statt. Der aktive Gewerkschafter wur-

de, nachdem er für gewerkschaftliche Anerkennung geworben hatte, wegen vermeintlicher Arbeitsfehler entlassen. Die Entlassungsgründe sind offenkundig vorgeschoben. Josh C. war einer der besten Call Center Agenten, für seine herausragenden Leistungen häufig prämiert und belobt. In Deutschland verteilten KollegInnen vor den Call Centern der Telekom Flugblätter mit den Informationen zu der Entlassung. Die Gewerkschaft Verdi erreicht mit dieser Aktion etwa 7 000 deutsche Telekom-Beschäftigte.

Quelle: <http://www.wecexpectbetter.org>, 29.8.2013

Kolumbien: Drummond-Arbeiter von Paramilitärs bedroht

Anführer des Streiks gegen den US-amerikanischen Steinkohlekonzern DrummondsindineinemKommuniqué der Paramilitärs mit dem Tod bedroht worden. „Wir fordern den Abbruch jeder Aktivität zur Störung der sozialen Ordnung, wie Streiks oder Demonstrationen“, heißt es in dem Schriftstück, das von der Gruppe „Los Rastrojos“ unterzeichnet wurde. Die paramilitärische Vereinigung beschuldigt darin die Gewerkschafter, „kommunistische Doktrinen“ zu verbreiten, und verspricht, die „Zerstörung der Staatspolitik durch die Guerilla-Gewerkschafter“ zu verhindern. Die Morddrohung der Paramilitärs erfolgt inmitten eines Streiks von circa 3 000 Arbeitern der Drummond und Angehörigen der Gewerkschaft Sintramienergética, der am 23. Juli begann, nachdem die Gespräche mit der US-amerikanischen Kohlebergbaufirma gescheitert waren.

Die Arbeiter der Drummond klagen, dass sie 12 Stunden am Tag sechs Mal die Woche unter harten Bedingungen arbeiten müssen und dennoch keinen festen Monatslohn hätten, sondern stundenweise bezahlt werden. Die 4 500 Leiharbeiter seien noch mehr benachteiligt, weil sie nur ein Viertel des Lohns der festen Angestellten bekämen. In diesem Zusammenhang fordern die Streikenden der Drummond vor allem eine Lohnerhöhung von zehn Prozent, einen festen Monatslohn, die Verbesserung der Arbeitssicherheit, die Weiterbeschäftigung von 400 Hafenarbeitern und die Wiedereinstellung der 600 streikenden Arbeiter, die im Jahr 2009 entlassen wurden.

Bereits im Jahr 2001 sind drei Gewerkschafter und Arbeiter der Drummond durch Paramilitärs ermordet worden. Heute sitzt Jaime Blanco Maya, ein Subunternehmer des Konzerns, deshalb im Gefängnis und eine gerichtliche Untersuchung gegen den CEO und andere Führungskräfte des Unternehmens ist wegen desselben Falls am Laufen.

Aus diesem Grund verlangen deutsche NGOs, dass Steinkohlekäufer des

US-amerikanischen Unternehmens wie RWE, Eon, Steag, Vattenfall und EnBW ihre Geschäftsbeziehungen mit der Drummond überdenken sollen.

Die deutschen und Schweizer Energieversorger weisen diese Forderung jedoch zurück.

Quelle: <http://amerika21.de>, 16.8.2013

Brasilien: Haarsträubende Mängel beim Arbeitsschutz

Nach fünfzehnjährigem Kampf der Fleischgewerkschaften beauftragte die brasilianische Regierung schließlich einen dreigliedrigen Ausschuss mit der Untersuchung der haarsträubenden Mängel an Arbeitsschutzmaßnahmen im Fleischsektor des Landes. Das Verfahren führte zur Verabschiedung umfassender Bestimmungen, von denen eine Million Arbeitnehmer/innen profitieren könnten. Für die Umsetzung der Regulierungsnorm Nummer 36 legte die Regierung Brasiliens einen zweijährigen Zeitrahmen fest. Die IUL-Mitgliedsgewerkschaften haben nun mit einer Schulungskampagne für ihre Mitglieder begonnen, um sie mit diesen für die Sicherheitsnormen im Sektor vorgesehenen Veränderungen vertraut zu machen. Die Bestimmungen sehen vor allem regelmäßige Pausen und eine ergonomisch sinnvolle Gestaltung vor, sie verweisen aber auch auf die Einbindung der Gewerkschaften in den Arbeitsschutz, auf eine verpflichtende Schutzausrüstung für jede/n Mitarbeiter/in, Risikopläne, kontinuierliche Gesundheitschecks für die Beschäftigten und die Möglichkeit einer Rehabilitation nach einer Verletzung.

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 5.8.2013

Peru: Civil Service Act bedroht Gewerkschaftsrechte

Der Runde Tisch des Dialogs zwischen Gewerkschaften und Regierung wird am 29. August 2013 wieder Verhandlungen aufzunehmen. Die PSI Tochtergesellschaften in Peru kämpfen gegen den Genehmigungsprozess und die endgültige Ausgabe des Civil Service Law 30057. Wenn das Gesetz so in Kraft tritt, wird es das Recht der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, Löhne zu verhandeln, abschaffen; ein bestimmtes Modell der Gewerkschaftsorganisation im öffentlichen Dienst verbindlich vorschreiben; Reformen der Beschäftigungsstruktur und der öffentlichen Dienste ohne weitere legislative Beratung zulassen; Beschäftigten in „lebensnotwendigen“ Branchen das Recht auf Streik entziehen, ohne zu definieren, welche Branchen als „lebensnotwendig“ gelten.

Quelle: www.world-psi.org, 27.8.2013



Demonstration „Freiheit statt Angst“ endet mit Aufruf zu weiteren Aktionen

BERLIN. Während Bands wie die Ska-Formation „Banda Pacheco“ den 20000 „Freiheit statt Angst“-Demonstranten zum Abschluss der Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz noch musikalisch einheizen, ziehen die Veranstalter ein durchweg positives Fazit: „Der Erfolg ist klar zu hören und zu sehen. Die Menschen gehen auf die Straße und kämpfen für den Schutz ihrer Bürgerrechte. Die Politik kann dieses Signal nicht länger ignorieren“, sagt Kai-Uwe Steffens vom Demobündnis. „Wir werden keine Ruhe mehr geben und auch nach der Wahl für Freiheit, Bürgerrechte und Demokratie streiten“, so Steffens weiter.

Auch die anderen Redner auf der Bühne stimmen kämpferische Töne an. Parker Higgins, Aktivist der Electronic Frontier Foundation (USA), warnt eindringlich vor den Folgen lückenloser Überwachung für die menschliche Würde: „Wir müssen uns das System wieder zurückerobern. Dafür brauchen wir informierte Bürger und wir brauchen Regierungen, die sich an die Menschenrechte halten. Ich schäme mich für das, was mein Land in meinem Namen tut, aber heute fühle ich mich von meinen wirklichen Landsleuten umgeben. Es sind Menschen, die an die Freiheit glauben und aufstehen gegen die Angst!“

Michael Rediske von Reporter ohne Grenzen betont die Gefährdung der Pressefreiheit, die mit der Überwachung und dem Ausspähen von Journalisten in aller Welt über das Internet tägliche Realität ist. „Sie werden für Blog-Einträge oder Twitter-Posts verhaftet, ihre Emails werden überwacht, Kontakte ausgeforscht, ihre Computer mit Überwachungssoftware infiziert.“ Durch den NSA-Skandal sei nun klar belegt, dass auch deutsche Journalisten regelmäßig ausgeforscht werden. Diese Überwachung in Deutschland gefährde nicht nur die eigenen Freiheiten, sondern mache

die Bundesrepublik auch unglaublich als Verbündeter von Bewegungen in anderen Ländern. „Wir dürfen den Diktatoren nicht den Gefallen tun, ihnen ähnlich zu werden.“

„Wir könnten Snowden aufnehmen, wir müssten es nur wollen“, sagt Christian Humborg von Transparency International. Er zitiert aus Snowdens Reaktion auf den Erhalt des Whistleblower-Preises: „Regierungen müssen für ihre Entscheidungen Rechenschaft ablegen. Die Entscheidung, welche Rechte und Freiheiten die Menschen haben, muss öffentlich gefällt werden und nicht von den Regierungen im Geheimen. Die Wahrheit über die Mächtigen auszusprechen, hat viele Whistleblower ihre Freiheit, ihre Familie oder ihr Land gekostet.“ <http://blog.freiheitstattangst.de/>

Umfairteilen am 14. September 2013!

BERLIN/BOCHUM. Kurz vor der Bundestagswahl wollen wir erneut unsere Forderung „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern!“ lautstark und unübersehbar in die Öffentlichkeit tragen: mit einer Großdemonstration in Bochum und einer Demonstration mit UmFairteilen-Kette in Berlin.

Wir werden in Berlin mit einer UmFairteilen-Kette den gesellschaftlichen Reichtum symbolisch umverteilen: Für Bildung von der Kita bis zur Hochschule; faire Arbeit und Löhne in Gesundheit, Sozialer Arbeit und Pflege; bezahlbare Preise für Wohnung, Energie und Wasser; für eine angemessene Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe, sowie der Freizeit- und Kultureinrichtungen. Wir fordern: Umverteilen für den Ausbau öffentlicher Infrastruktur. Nur dann können Bund, Länder und Kommunen ihren politischen Gestaltungsauftrag für die Menschen erfüllen. Nur die Reichen können sich einen armen Sozialstaat leisten! Um 11 Uhr startet unsere Demonstration am Hackeschen Markt mit Auftaktreden von Andrea Koscis (Verdi), Friedhelm



Hengsbach (Christlicher Sozialethiker) und Ursula Engelen-Kefer (Sozialverband Deutschland).

Am 14.9. auf nach Bochum zum Sternmarsch! Am 14.9. um 11.30 Uhr startet der Sternmarsch an drei Orten mit je einer Auftaktkundgebung in der Massenbergstraße am Hauptbahnhof, am Jahrhunderthaus und vor dem Schauspielhaus. Die Demonstrationzüge, die sich spektakulär in der Innenstadt begegnen und von rollenden Bühnen für Kultur- und Wortbeiträge begleitet werden, erreichen um 13 Uhr die Abschlusskundgebung am Bergbau-Museum. Hier werden Frank Bsirske (Verdi), Özlem Alev Demirel (Difd) und Dr. Ulrich Schneider (Der Paritätische Gesamtverband) für das Bündnis sprechen.

<http://umfairteilen.de/start/home/>

Chemiekonzerne klagen gegen Verbot von Bienenkillern

BERLIN. Der deutsche Chemiekonzern Bayer und sein schweizerischer Konkurrent Syngenta haben Klage gegen ein Verbot bestimmter Pestizide eingereicht. Es geht um drei Neonicotinoide, die in der EU ab Ende des Jahres bei einigen Kulturpflanzen nicht mehr eingesetzt werden dürfen. Sie gelten als sehr schädlich für Bienen. Das Unternehmen Bayer CropScience klagt vor dem Gericht der Europäischen Union (EuG) gegen das Verbot von Imidacloprid und Clothianidin, berichtet die Nachrichtenagentur Afp. Syngenta hat Klage gegen Einschränkungen für Thiamethoxam eingereicht. Mit den Beizmitteln wird das Saatgut vor dem Aussäen behandelt. Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA hat sie als riskant für Bienen eingestuft. Die Mitgliedsstaaten der EU haben das Verbot im April beschlossen, es soll für zwei Jahre gelten – allerdings nur für Raps, Mais, Sonnenblumen und Baumwolle. Deutschland hatte sich vor der Abstimmung gegen das Moratorium ausgesprochen, dann jedoch eingelenkt – vermutlich, weil das Landwirtschaftsministerium einen späteren Start ab Dezember, nicht wie ursprünglich geplant schon ab dem Sommer, durchsetzen konnte. Damit kann der Raps in diesem Jahr noch mit den Neonicotinoiden gebeizt werden.

www.keine-gentechnik.de/

Vom Flüchtling zur Fachkraft

KIEL. Eine positive Bilanz ziehen die Akteure des Netzwerks „Land in Sicht – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein“ zum Ende der dreijährigen Förderperiode bei ihrem Abschlussfest am 30. August im Kieler Landeshaus: Seit November 2010 erhielten knapp 600 Flüchtlinge Beratung und Coaching, in 19 Betrieben und Institutionen wurden für gut 300 Mitarbeiter Schulungen zur interkulturellen Öffnung durchgeführt. Landesweit fanden 79 Flüchtlinge

Ausbildungs- oder Arbeitsstellen, entsprechend viele Firmen konnten offene Stellen qualifiziert besetzen. Erst seit einigen Jahren dürfen Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltsstatus Stellen auf den ersten Arbeitsmarkt annehmen. Ministerpräsident Torsten Albig erklärte dazu in seinem Grußwort: „Unsere Erfahrungen heute mit Flüchtlingen und Asylsuchenden zeigen deutlich, dass ein Großteil für längere Zeit oder dauerhaft in Deutschland bleiben wird. Das erfordert einen Paradigmenwechsel in der Integrations- und Flüchtlingspolitik.“ Es gibt jedoch noch eine Reihe von Hürden, bei deren Bewältigung die Teilprojekte des Netzwerks „Land in Sicht!“ helfen. „Angesichts dieser Erfolge und der sich abzeichnenden arbeitsmarktlichen Bedarfe wäre es bedauerlich, wenn Land in Sicht! kein Land in Sicht mehr hätte“, betont Martin Link, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat. Die Tätigkeit des schleswig-holsteinischen Bündnisses wird wie auch die der weiteren 27 Netzwerke bundesweit bis dato von der EU und dem Bund gefördert. Diese Gelder laufen 2013 aus. Eine Anschlussfinanzierung für die künftige Arbeit des Netzwerks befindet sich nach Verlauten aus dem Bundesarbeitsministerium in der Prüfung. „Sowohl für die Flüchtlinge als auch für die schleswig-holsteinischen Betriebe, die auf der Suche nach Fach- und Arbeitskräften sind, hoffen wir auf eine positive Entscheidung“, sagt Günter Ernst-Basten, Geschäftsführer des Paritätischen Verbands Schleswig-Holstein.

www.frsh.de/

Armut und Migration – Armutsmigration

FRANKFURT. Warum werden Armut und existenzielle Perspektivlosigkeit nicht als Flucht- und Migrationsgründe in Europa anerkannt? Diesem Fragenbündel wollen wir auf dem Studientag nachgehen. Weltweit versuchen Millionen von Menschen unerträglichen Lebensbedingungen, die durch Armut, Zerstörung der Umwelt und der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen und Gewalt bestimmt sind, zu entkommen. Die Chancen für diejenigen, die aus den Randzonen der Globalisierungsmigrieren, in einem europäischen Land Aufnahme zu finden, sind äußerst gering. Denn „Armut und Zukunftslosigkeit“ werden nicht als legitime Fluchtgründe anerkannt. Die europäischen Staaten behalten sich zudem das Recht vor, darüber zu entscheiden, wer in ihr Land einreisen, sich dort aufhalten und niederlassen darf und wer nicht. Diese „Staatsouveränität“ und ihre zugehörige „Staatsbürgerschaft“ sind Teil der Produktionsbedingungen „illegaler Migration“, die in Europa zugleich aufwendig und folgenreich bekämpft wird: Hunderte Menschen verlieren ihr Leben alljährlich an den europäischen Außengrenzen. Sogar bestimmte Migrationsgruppen aus den südosteuropä-

ischen EU-Nachbarstaaten werden als „Armutsmigranten“ stigmatisiert, die man alsbald wieder loswerden möchte. Das europäische Migrationsregime trägt dazu bei, die globalen Strukturen der Ungleichheit aufrecht zu erhalten und die unerwünschten Migranten von Europa fern zu halten. Diese europäische Politik widerspricht nicht nur den menschenrechtlichen Ansprüchen von Freiheit und Gleichheit (aller Menschen), sondern stößt sich ebenso hart an allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellungen, werden die vergangene und gegenwärtige globale Wirtschaftsexpansion und ihre Folgen mit bedacht. Wie können wir diese Thematik hier und in Europa menschenrechtlich voranbringen?

Studientag, Sonntag, 29. September, 11 Uhr bis 18 Uhr, Saalbau Frankfurt www.grundrechtekomitee.de



Atomwaffenstützpunkt Büchel erfolgreich blockiert

STUTTGART. Etwa 750 Friedensaktivistinnen und -aktivisten aus der ganzen Bundesrepublik, den Niederlanden, Belgien und Gästen aus den USA haben erstmalig 24 Stunden lang alle Zufahrten zum einzigen deutschen Atomwaffenstützpunkt (Büchel) blockiert. Damit hat die Friedensbewegung vor der Bundestagswahl den Druck auf die PolitikerInnen verstärkt, die letzten Atombomben aus Deutschland endlich abzuführen. Bis zu 200 Blockierende haben die Nacht vor den Toren verbracht. Die Bundeswehr konnte die Eingänge nicht mit Fahrzeugen passieren, sondern musste die diensthabenden Soldaten mit Reisebussen und unter Polizeischutz zum Gelände bringen. Sie konnten nur zu Fuß zu ihrem Einsatzort gelangen. „Wir haben unser Ziel einer effektiven Störung des Betriebsaufbaus auf dem Fliegerhorst erreicht und damit ein unübersehbares Signal an Politik und Militär gesendet“, sagt Berthold Keuncke, Pressesprecher der Lebenslaute. Die Bundesregierung hatte im Koalitionsvertrag 2009 den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland vereinbart. Am 26. März 2010 forderte der Bundestag die Bundesregierung fraktionsübergreifend auf, sich für den Abzug dieser Atombomben einzusetzen. Passiert ist bisher allerdings nichts. Im Gegenteil: Die Atomwaffen sollen modernisiert werden. Doch die Friedensbewegung hat einen langen Atem. „Wir werden unseren gewaltfreien Protest fortsetzen, bis die letzten Atom-

waffen aus Büchel abgezogen sind“, erklärt Xanthe Hall, Sprecherin der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“.

www.atomwaffenfrei.de/

Atom-Müll-Kommission

HAMBURG. Zur Verschiebung der Atom-müll-Kommission erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“: „Die Benennung der Mitglieder der Atommüll-Kommission taucht nicht auf der Tagesordnung für die Sondersitzung des Bundestages am 2. und 3. September auf. Damit haben sich die Gerüchte bewahrheitet, dass der Start der Kommission sich um Monate verzögern wird. Wir fordern von der Politik, dass dann auch alle im Endlagersuchgesetz festgelegten anderen Schritte entsprechend verschoben werden, vor allem der Endzeitpunkt der Kommissionsarbeit und die Einrichtung der Atommüll-Behörde. Sonst wird die Arbeit der Kommission noch mehr zur Farce, als sie es sowieso durch ihre schwache Stellung im Gesetz bisher schon ist. Wir fordern darüber hinaus Klarheit über die für die Kommission vorgesehenen Wissenschaftler und über die kontroverse Diskussion innerhalb der politischen Parteien um den Vorsitz der Kommission. Von der in den Sonntagsreden angekündigten Transparenz ist schon jetzt nichts mehr übrig geblieben. Da wird beispielsweise schon eine Vorsitzende als gesetzt an die Medien übermittelt – aber dann hören wir um drei Ecken, dass diese innerhalb der Parteien weiter heftig umstritten ist. Es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, dass die nichtstimmberechtigten Mitglieder der Kommission über den Vorsitz entscheiden, die stimmberechtigten aber keinen Einfluss darauf haben. Solange wir keine klaren Informationen über den Ablauf des Besetzungsverfahrens und über die acht Wissenschaftler in der Kommission bekommen, ist es für uns nicht möglich, über eine Teilnahme zu entscheiden, gerade weil die Skepsis innerhalb der Anti-Atom-Bewegung gegenüber dem Verfahren und der Kommission riesengroß ist ... Der vielbeschworene Neustart in Sachen Atommüll ist jedenfalls gründlich in die Hose gegangen.“

www.ausgestrahlt.de





Auseinandersetzung in Altona-Altstadt

Ein Viertel wird stigmatisiert – und wehrt sich

In der Nacht vom 11. auf den 12. Juli eskalierte ein sogenannter Schwerpunkt-einsatz der Polizei in Altona-Altstadt. Die Darstellungen der Eskalation können unterschiedlicher kaum sein.

Die Polizei teilte per Pressemitteilung mit, dass es im Viertel in den vorausgegangenen Wochen vermehrt zu Straftaten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenüber Anwohnern gekommen sei und dass sie deshalb dort regelmäßig „Schwerpunkteinsätze“ durchführe. Am fraglichen Abend sei sie von Verkehrsteilnehmern angesprochen worden, dass sie von Jugendlichen mit Laserpointern geblendet worden seien. Bei polizeilichen Maßnahmen sei es dann durch diese Jugendlichen zu massiven Bedrohungen, Sachbeschädigungen und Widerstandshandlungen gekommen. Im weiteren Verlauf des Polizeieinsatzes hätten etwa 150 Personen polizeifeindliche (!) Parolen skandiert und den Polizeieinsatz massiv gestört.

Rund 200 Anwohner hingegen verabschiedeten wenige Tage später auf einer Versammlung eine Erklärung, in der es u.a. heißt: „Seit längerem werden Menschen im Stadtteil durch Polizei rassistisch behandelt. Insbesondere seit einer Woche kommt es verstärkt zu verdachtsunabhängigen Kontrollen von Jugendlichen. Die Polizei läuft in Fünfer-Gruppen durch den August-Lütgens-Park und die umliegenden Straßen, mehrmals pro Tag werden

Jugendliche teilweise von den gleichen Polizisten kontrolliert. Die Schikane gegen Jugendliche gipfelte darin, als eine Gruppe von 16 Jugendlichen am Donnerstagabend von Polizisten angehalten wurde. Die Polizei umzingelte die Jugendlichen, als sie die Straße überqueren wollten. Die Polizei beließ es nicht bei der Kontrolle, sondern ging mit Pfefferspray und Knüppel gegen die Jugendlichen vor. Nachbarn und Familienangehörige wurden daran gehindert, ihnen Wasser zum Ausspülen der Augen zu bringen. Wir Nachbarn mussten zusehen, wie ein bewusstlos geschlagener Jugendlicher auf dem Boden lag und die Polizei sich weigerte, ihm auch nur die Handschellen zu lockern. Von den Jugendlichen ging dabei zu keinem Zeitpunkt Gewalt gegen Polizeibeamte aus. Dennoch wurden alle in Gewahrsam genommen. Über sechs Stunden mussten viele von ihnen auf der Wache verbringen, wo ihnen – einige hatten den ganzen Tag gefastet (es war Ramadan, CS) – Essen und Trinken verweigert wurde. Auf dem Weg zur Wache und in Gewahrsam wurden sie von Polizisten beleidigt und weiter geprügelt.“

Die Medien übernahmen überwiegend die Polizeidarstellung, berichteten von „Ausländer-Krawallen“, „Randale-Mob“ und ähnlichem, die Polizeigewerkschaften heizten den Konflikt mit dumpfen Parolen („null Toleranz“, „gesellschaftliche Ächtung“, „klare

Kante zeigen“) an und sprachen von gescheiterter Integrationspolitik. Eltern und Anwohnern gelang es an den folgenden Abenden jedoch, die weitere Eskalation zu verhindern. Man organisierte sich in Nachbarschaftsversammlungen, am 20. Juli demonstrierten in Altona über 1000 Menschen „gegen rassistische Polizeikontrollen“. Und schließlich gelang es, unter dem Dach der Türkischen Gemeinde zu einem „Runden Tisch“ einzurichten, an dem Vertreter der Jugendlichen, der Eltern und Anwohner, des Bezirks und der Polizei über den Polizeieinsatz, über Probleme des Stadtteils, fehlende Jugendtreffpunkte u.ä. sprachen. Die Polizei verringerte ihre Präsenz im Stadtteil, die Situation beruhigte sich. Ende August veröffentlichte das „Hamburger Abendblatt“ einen Artikel ihres Polizeireporters, der unter Berufung auf ein internes Polizeipapier vor neuen „Krawallen“ warnte; die Polizei dementierte diesen angeblichen Lagebericht. Doch es scheint auch in der Polizei Kräfte zu geben, die Interesse am Zündeln haben.

Die Linksfraktion hat versucht, den Konflikt und das polizeiliche Vorgehen mit dem parlamentarischen Mittel der Kleinen Anfrage aufzuhellen. Und dabei ist Interessantes und Beunruhigendes zutage getreten:

Als Grund für ihre sogenannten Schwerpunkteinsätze gegen die Jugendlichen gab die Polizei in ihrer Pressemitteilung an, es sei in diesem Viertel vermehrt zu Straftaten von Jugendlichen und Jungerwachsenen gekommen. Jedoch: Die Zahl der Straftaten hat sich im Halbjahresvergleich eher leicht verringert. Und auch die Entwicklung im ersten Halbjahr 2013 stützt die Behauptung der Polizei nicht. Zwar gibt es im Juni und Anfang Juli eine Zunahme von Straftaten, die jedoch praktisch vollständig auf die vermehrten Polizeikontrollen zurückgeht, bei denen die Polizei zahlreiche Anzeigen wegen Beleidigung, Bedrohung, Widerstand, Körperverletzung und Sachbeschädigung erstattet hat.

Es kommt noch krasser: In der Antwort auf die erste unserer vier Anfragen antwortet der Senat, dass 14 namentlich bekannten Jugendlichen und Jungerwachsenen – ihnen galten die Polizeieinsätze in erster Linie – „etliche Straftaten zugeordnet werden“ könnten. „Etliche“ ist vage, aber sicher mehr als „einige“ oder „wenige“. Wir fragten nach, und tatsächlich: Vom 1. Januar bis 8. Juli 2013 konnten dieser „Kerngruppe“ von 14 Jugendlichen genau 14 Straftaten – von über 500 im gesamten Viertel! – zugeordnet werden, der darüber hinausreichenden „lockeren Gruppierung“ von insgesamt ca. 40 Jugendlichen zwei weitere Straftaten. Das ist nicht nichts – aber rechtfertigt diese Zahl massive Polizeieinsätze

mit ständigen verdachtsunabhängigen Kontrollen, Platzverweisen und Inge-
wahrsamnahmen? Wir meinen: nein.
Vielmehr drängt sich die Frage auf,
aus welchen Gründen die Polizei dann
durch „Schwerpunkteinsätze“ mit
teilweise bis zu über 100 Beamten es-
kaliert hat. In der Woche vom 9. bis 15.
Juli – also in der Woche der Eskalation
– wurden gegen die 14 Jugendlichen
und Heranwachsenden dann weitere 21
Strafanzeigen gestellt – ausschließlich
im Zusammenhang mit den fragwür-
digen Polizeieinsätzen.

Auch anderes erscheint merkwürdig:
Am Abend des 11. Juli will die Polizei
ja von Verkehrsteilnehmern angespro-
chen worden sein, die von einer Gruppe
von Jugendlichen mit Laserpointern
geblendet worden sein sollen. Obwohl
die gesamte Gruppe festgenommen
wurde, wurde kein einziger Laserpoin-
ter gefunden. Jedoch fragt sich, warum
schon mehr als eineinhalb Stunden vor
der Auseinandersetzung 22 Polizisten
vor Ort waren, teilweise versteckt auf
Parkplätzen in der Umgebung. War ein
Zugriff auf die Gruppe der Jugendli-
chen geplant, unabhängig davon, ob es
einen Anlass geben würde?

Die Darstellung der Polizei lässt
sich, soviel steht fest, nicht halten. Da
sie jedoch die Deutungshoheit für den
Konflikt hat, wurde ihre Darstellung
von den meisten Medien im Wesentli-
chen unhinterfragt und kritiklos über-
nommen. Der Schaden ist angerichtet:
Ein Viertel wurde stigmatisiert, ein
Konflikt ethnisiert, Jugendliche und
Heranwachsende kriminalisiert.

Doch es hat sich auch etwas geändert.
Verdachtsunabhängige Kontrollen, die
vor allem auf junge Menschen zielen,
die „anders“ aussehen, sind alltägliche
Erfahrungen junger Migranten. Es
gibt in einer Stadt wie Hamburg wohl
kaum einen männlichen Jugendlichen
„Schwarzkopf“, der noch nie davon be-
troffen war. Viele erleben solche Kont-
rollen Woche für Woche, egal wo sie sich
aufhalten. Diese Praxis diskriminiert,
sie verletzt, und sie enthält ein starkes
eskalierendes Potenzial, das die poli-
tische Rechte befeuern kann. Doch die
Betroffenen haben sich zur Wehr
gesetzt und das Vorgehen der Polizei
kritisiert. Das ist ein wichtiger Schritt:
das sogenannte „Racial Profiling“ oder
auch „ethnisches Profiling“ ist in Ham-
burg zum Thema geworden.

Die Linksfraktion bereitet für den
November eine öffentliche Anhörung
vor, die die rassistische Kontrollpraxis
aus Sicht der Betroffenen aufarbeitet.
Ziel ist es, die Bürgerschaft damit zu
befassen und die kritische Reflexion
und Veränderung diskriminierender
polizeilicher Routinen und Praktiken
anzustoßen. *Christiane Schneider*

Die Kleinen Anfragen und Antworten finden
sich unter: www.grundrechte-kampagne.de



Das Autonome Zentrum Köln ist jetzt am Eifelwall: Am Sonntag den 8. September
stellten die Leute vom Autonomen Zentrum ihre neuen Räume am Eifelwall 7 vor.
Es gibt nach langen Auseinandersetzungen einen Vertrag mit der Stadt Köln. In
der Sommerpause kam es zu intensiven Gesprächen mit dem Stadtdirektor Kahlen.
Das ist ein wichtiger Erfolg. Es gibt weiterhin ein Autonomes Zentrum in Köln.
Die SPD musste einlenken. Auf der anderen Seite konnte sich die Kalker SPD
durchsetzen. Es gibt kein Autonomes Zentrum mehr in Kalk, sondern jetzt in der
Kölner Südstadt. Auffällig war, dass der dortige Ortsverein der SPD die neuen An-
wohner freundlich begrüßte. Für die AZler ist der Wegzug aus Kalk bitter, weil sie
mit ihrem Konzept ein kulturelles Angebot auf der rechten Rheinseite geschaffen
haben, was es sonst nicht gab und vorerst auch nicht geben wird. Faktisch gab es
ein Bündnis vom linken Spektrum, der IG Metall, den Ratsfraktionen von Grünen
und Linken und der Kölner Polizei. Über Wochen wurde mit Engelsgeduld auf die
Kölner SPD eingewirkt, dass ein autonomes Zentrum in Köln auch einen Platz
haben muss. Bis heute ist die SPD über die Frage zerrissen. *Jörg Detjen*

Das Kommunique 6 des AZ zu dem Kompromiss unter <http://az-koeln.org/>

Mannheimer Stadtspitze bleibt bei Wasserver- sorgung durch MVV „aus Kostengründen“ und damit beim Privatisierungsrisiko

In der letzten Sitzung vor der Som-
merpause befasste sich der Hauptauss-
schuss des Mannheimer Gemeinderats
mit dem Antrag der Linken: „Städti-
sche Wasserversorgung nachhaltig in
öffentlichem Eigentum halten!“. Da-
rin forderte die Linke, die Stadtver-
waltung möge rechtzeitig vor Auslau-
fen des Konzessionsvertrages mit der
MVV-Tochter RHE am 31.12.1014 eine
Strategie entwickeln, wie die Mann-
heimer Trinkwasserversorgung unter
öffentlicher Kontrolle bleiben kann.

Hintergrund

Die MVV Energie AG ist letztlich die
Inhaberin der Trinkwasser-Konzessi-
on. Sie betreibt die Mannheimer Was-
serwerke samt Versorgungsnetz und
stellt die Wasserrechnungen aus. Die
Tochter RHE taucht in den städtischen
Beteiligungsberichten gar nicht mehr
als eigene Gesellschaft auf, so sehr ist
sie mit der MVV Energie AG verquickt.
Zwar hält die Stadt Mannheim immer
noch 50,1% der MVV-Energie-Akti-
en und kontrolliert so sehr indirekt
über den MVV-Aufsichtsrat auch das
Wassergeschäft. Die Aktienmehrheit
an der MVV Energie AG ist jedoch

nicht auf Ewigkeit garantiert. Da-
raus resultiert die Gefahr, dass das
Mannheimer Trinkwasser in Privat-
hände gerät. Selbst die Evangelische
Arbeitsgemeinschaft der CDU hat sich
schon Gedanken über diesen Zusam-
menhang gemacht, und auch die FDP
zeigte sich entgegen ihrer Begeisterung
an Privatisierungen jeder Art besorgt.

Der Oberbürgermeister erklärte, die
Verwaltung denke nicht an Ausgliede-
rung des Wassergeschäfts beispielswei-
se in einen städtischen Eigenbetrieb,
weil dies unweigerlich zu einer nicht
vertretbaren Verteuerung des Mann-
heimer Trinkwassers führen würde.
Die gesamten Betriebs- und kaufmän-
nischen Abläufe seien so intensiv in die
MVV Energie AG integriert und die
Wasserversorgung profitiere in einem
solchen Umfang von Synergieeffekten,
dass ein Eigenbetrieb zu Doppelstruk-
turen und erheblichen Kostensteige-
rungen für den Trinkwasserbezug füh-
ren würden.

Die Gefahr einer Übernahme der
Mannheimer Wasserversorgung sei
auch nach öffentlicher Ausschreibung
als äußerst gering anzusetzen, weil kein
Bieter an das niedere Betriebskosten-

niveau der MVV herankomme. Auch sei noch niemals ein privater Kaufinteressent in Erscheinung getreten.

Interessant an diesen Ausführungen des OB ist die Tatsache, dass wenige Tagen nach dem endgültigen Verschwinden der Trinkwasserversorgung aus der geplanten neuen EU-Konzessionsrichtlinie, nach dem Verzicht der EU-Kommission auf eine Ausschreibungspflicht für Trinkwasserkonzessionen, die Stadt Mannheimer weiterhin von einer Ausschreibungspflicht für das Mannheimer Trinkwasser ausgehen muss. Es handelt sich um die allgemeine Ausschreibungspflicht für Aufträge an Private. Und die MVV Energie AG ist eben ein privates Unternehmen, wenn auch mit kommunaler Anteilsmehrheit. Sie lässt sich nur nach Ausschreibung über 2014 hinaus mit der Trinkwasserversorgung beauftragen.

Neues Privatisierungsrisiko

Hinzu kommt ein neues Privatisierungsrisiko aus den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Hier ist erneut die Erzwingung der Trinkwasser-Privatisierung Verhandlungsstand.

Wie steht es mit dem Mannheimer Trinkwasserpreis? Er beträgt seit 2006 konstant 2,19 Euro (brutto) je Kubikmeter (m³) für Haushalts- und gewerbliche Abnehmer. Hinzu kommt eine „Servicepreis“ in Abhängigkeit von der Wassermenge, also beispielsweise 39,59 Euro pro Jahr bei bis zu 5 m³, oder 206,51 Euro (jeweils brutto) bei bis zu 100 m³.

Mannheim liegt damit beispielsweise über Frankfurt mit 2,01 Euro je m³, jedoch höherem Servicepreis, aber unter Stuttgart mit 2,34 Euro je m³ und ebenfalls höherem Servicepreis (die beiden letzten Angaben lt. Vergleichstabelle <http://www.spiegel.de/wirtschaft/wasserpreise-in-deutschland-die-grosse-vergleichstabelle-a-484606-2.html> vom 23.5.2007).

Mannheim sitzt also mit seiner Trinkwasserversorgung nach wie vor in einer Privatisierungsfalle. Die Lage ist kompliziert. Denn ein Eigenbetrieb würde wahrscheinlich tatsächlich zu einer Verteuerung führen. Andererseits ist das Mannheimer Halbprivatwasser keinesfalls sensationell preisgünstig.

Hier hilft nur Transparenz weiter. Die Verteuerungsvermutung wäre erst einmal anhand von Zahlen zu beweisen. Denn bekanntlich sind die „Overhead-Kosten“ und die Renditeerwartungen in einer dicken Aktiengesellschaft, die in diesem Fall natürlich auch auf den Wasserbetrieb entfallen, größer als die eines städtischen Nonprofit-Eigenbetriebes. Auch hier ist ein dickes Brett zu bohren. Und auch hier geht es um nachhaltige Versorgungssicherheit der Bevölkerung.

Thomas Trüper

Netzzückkauf: Senat missachtet das Transparenzgesetz. HAMBURG. Die Initiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ will mit einer einstweiligen Anordnung die Stadt zwingen, endlich die Gutachten und Vertragsanlagen zur Beteiligung an den Vattenfall- und E.ON-Netztöchtern herauszugeben. Seit fast einem Jahr weigert sich der Senat offenzulegen, wie die Kosten für die bisherige 25,1-prozentige Beteiligung berechnet wurden und wie viel Gewinn die Konzerne mit den gemeinsam betriebenen Netzen machen. „Selbstverständlich unterstützen wir den Gang vor das Verwaltungsgericht“, erklärt Dora Heyenn, energiepolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Denn wozu haben wir ein Transparenzgesetz, wenn es der Senat in einer solch wichtigen Frage einfach ignoriert? Ich hoffe sehr, dass das Gericht diesem Trauerspiel ein Ende macht. Die Hamburgerinnen und Hamburger haben ein Recht darauf zu erfahren, was der Senat mit Vattenfall und E.ON ausgehandelt hat – und zwar vor dem Volksentscheid in knapp drei Wochen.“ Dora Heyenn erinnert daran, dass die Fraktion Die Linke bereits im Spätherbst 2011 vom Senat gefordert hatte, nicht nur den Bürgerschaftsabgeordneten, sondern auch den Initiatoren des Volksbegehrens uneingeschränkte Einsicht in alle bestehenden Verträge zu geben, die im Zusammenhang mit der Beteiligung der Stadt an den Versorgungsnetzen für Gas, Strom und Fernwärme stehen. „Ich war damals sehr gespannt, ob bei den Bewertungsgutachten Transparenz hergestellt werden würde oder ob sich der Senat wieder einmal auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der großen Konzerne zurückziehen würde. Das Ergebnis kennen wir inzwischen: Der Senat mauert und verweigert die Transparenz, zu der er verpflichtet ist“, so Dora Heyenn. „Der Senat jongliert in seiner Angstkampagne mit Zahlen zum Rückkauf, deren Zustandekommen er geheim halten will. Beschlüsse und Nebenabreden, Gutachten und auch Änderungen bereits bestehender Verträge gehören zu den Unterlagen, die alle Beteiligten kennen sollten. Geheimniskrämerei in einer so wichtigen Frage darf es nicht geben!“

www.die-linke-hamburg.de

Verschlüsselung gegen flächendeckende Überwachung: KÖLN. Mit den Auswirkungen des Überwachungsskandals um Prism, Tempora und XKeyscore auf die Datensicherheit in der digitalen Kommunikation mit der Stadt Köln beschäftigt sich eine Anfrage der Fraktion Die Linke für die Septembersitzung des AVR. Insbesondere werden die Möglichkeiten der Stadt thematisiert, die Privatsphäre der Nutzer von städtischen Onlinediensten zu schützen.

zen. Jörg Detjen, Sprecher der Fraktion Die Linke, dazu: „Der gläserne Bürger ist schon längst Realität. So lange die Bundespolitik untätig ist, bleibt nur Selbstschutz übrig. Daran muss die Stadt mitwirken!“ Laut Auskunft der Verwaltung werden zwar sensible, personenbezogene Daten nicht per E-Mail oder über andere digitale Verbindungen übermittelt. Die Enthüllungen um Prism, Tempora und XKeyscore haben jedoch dargelegt, dass sich aus der Zusammenführung einer Vielzahl von einzelnen, teils an sich vielleicht nicht sensiblen Informationen ein umfassendes, weit in die Privatsphäre reichendes Bild einer Person zeichnen lässt. Detjen weiter: „Die Stadt muss ihren Teil dazu beitragen, die Privatsphäre der Einwohner zu schützen! Dazu gehört, dass Webseiten und E-Mails grundsätzlich zu verschlüsseln sind. Die Stadt hat hier offenbar Nachholbedarf.“ Der Einsatz von Verschlüsselungen als Standard in der digitalen Kommunikation verhindert ein flächendeckendes, umfassendes Mitschneiden und Auswerten des digitalen Datenverkehrs. Zwar sind Verschlüsselungen meist zu knacken, jedoch würde der notwendige Aufwand dazu führen, dass dieses nur im Verdachtsfalle geschähe. Aus diesem Grund fordert auch der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar die Politik auf, eine solche technische Absicherung digitaler Kommunikation zu fördern. Zur Verschlüsselung von Webseiten dient HTTPS, beim Versand von E-Mails TLS (Transport Layer Security). Auf den von der Stadt betriebenen Domains stadt-koeln.de, koeln.de und cologne.de ist HTTPS jedoch nicht verfügbar.

www.linksfraktion-koeln.de

Beethovenorchester hat Lohnanpassung verdient: BONN. Die MusikerInnen des Bonner Beethovenorchesters haben seit 2010 keine Lohnerhöhung erhalten, während die Gehälter der Angestellten im öffentlichen Dienst um immerhin etwa 8,5% gestiegen sind. Hintergrund des unfreiwilligen Verzichts ist der seit Jahren schwelende Streit zwischen der Deutschen Orchestervereinigung (DOV) und dem Deutschen Bühnenverein (DBV) um die Auslegung des Tarifvertrags, der auch die Gerichte beschäftigt. Im Kern geht es dabei um die von den MusikerInnen gewünschte Übernahme der Lohnabschlüsse des öffentlichen Dienstes auch für die Kulturorchester – nach Meinung der Linksfraktion ein mehr als berechtigtes Anliegen. „Während andere Städte wie etwa Aachen oder München ihren Orchestern in den vergangenen Jahren freiwillige Lohnerhöhungen (nach-)gezahlt haben, hat Bonn sich unfein rausgehalten und allein auf die laufende Tarifaufeinanderersetzung verwiesen. Weshalb aber sollen die OrchestermusikerInnen im Unterschied

zu den MitarbeiterInnen des betreuenden städtischen Kulturstadts über Jahre reale Einkommenseinbußen hinnehmen? Auch die in Rede stehenden Tarifsteigerungen sind schließlich weder maßlos noch überhöht. Die MusikerInnen leisten gute Arbeit und haben eine Erhöhung verdient, und sei sie auch vorläufig“, so Repschläger. Die Linksfraktion möchte mit einer Anfrage im Kulturausschuss klären, warum die Stadt seit 2010 keinen eigenen Vorschlag zur Lohnanpassung des Beethovenorchesters gemacht hat und ob und in welcher Höhe Rücklagen für eine zukünftige Erhöhung gebildet wurden. Im Hinblick auf die anhaltende Tarifaufeinandersehtzung soll die Stadtverwaltung zudem Stellung beziehen, inwieweit sie die Forderungen der OrchesterMusikerInnen bzw. des DOV unterstützen wird. Denn selbst wenn das anhängige Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht zur Vertragsauslegung bald ein Ergebnis haben sollte, bedeutet dies keineswegs das Ende der Auseinandersetzung. Die MusikerInnen werden weiter für eine an den TVÖD angegliche Lohnerhöhung streiten. Die Linksfraktion unterstützt sie hierbei! www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen

Koalition treibt landeseigene Wohnungsgesellschaften in die Überschuldung: BERLIN. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und wohnungspolitische Sprecherin der Linken, Katrin Lompscher, erklärt: Koalition und Senat müssen endlich klären, was sie von den städtischen Wohnungsgesellschaften erwarten. So wollen SPD und CDU, wie heute den Medien zu entnehmen ist, die Landesunternehmen mit etwa 600 Millionen Euro in eine neue Verschuldung zwingen. Das ist ein Rückfall in die 1990er Jahre. Bezahlbares Wohnen und bezahlbarer Neubau werden damit nicht möglich, höhere Mieten sind vorprogrammiert. Gleichzeitig zeigt sich, dass das vor einem Jahr vom Senat und den sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften unterzeichnete Mietebündnis in der Praxis nichts taugt. Hier ist eine Revision dringend erforderlich. Neuvermietungen oberhalb des Mietspiegels darf es nicht geben. Eine Mietpreiskapung soll nicht nur bei Mieterhöhung, sondern auch für Bestandsmieten gelten. Mieten nach Modernisierung müssen innerhalb des Mietspiegels liegen. Mieterinnen und Mieter mit geringen Einkommen und besonderen sozialen Problemlagen müssen vor Verdrängung geschützt werden und vorrangig belegungsgebundene Wohnungen erhalten. Der Wohnungsbestand muss für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen bezahlbar bleiben. Um dieses Ziel umzusetzen, brauchen wir städtischen Wohnungsbaugesell-

schaften mit klaren wohnungspolitischen Vorgaben. Sie müssen vom Land wirtschaftlich gestärkt werden. www.die-linke-berlin.de

SÖS-Link: Wild-West! STUTTGART. Ab 2021 können „Patrizia“ (die Wohlhabende, die Vornehme) bzw. ihr Töchterlein Südewo (Süddeutsche Wohnen) bei den von der LBBW erworbenen Wohnungen die Mieten drastisch erhöhen. Also nicht ganz, nur bis in die Nähe von Mietwucher. Als diese Wohnungen auf Betreiben der EU Anfang 2012 an Patrizia verkauft wurden, behauptete Nils Schmidt, es sei eine Sozialcharta zum Schutz der Mieter vereinbart. Ein Konsortium unter Leitung der Stadt Stuttgart ging damals leer aus. Ausschlaggebend waren damals 30 Mio. Euro. Patrizia hat den Kaufpreis mit einem Kredit bei der LBBW (!) finanziert. Und davon nun ihre Darlehen für 7500 Sozialwohnungen abgelöst, davon 1000 in Stuttgart. Der Wohnungsmarkt wird dadurch für Geringverdiener immer schwieriger. Übrigens: Nils Schmidts Partei, die SPD, wirbt im Wahlkampf für bezahlbaren Wohnraum. www.domino1.stuttgart.de/grat/soesundlinke.nsf

Umfrageergebnisse zur Wirtschaftsförderung der Landkreise veröffentlicht: BERLIN. Im Dezember 2012 und Januar 2013 hat der Deutsche Landkreistag bei den 295 Landkreisen eine Umfrage zu deren Aktivitäten der Wirtschaftsförderung durchgeführt. Ziel war es, ein möglichst umfassendes und flächendeckendes Bild über die Wirtschaftsförderung auf Landkreisebene zu gewinnen, vor allem bezogen auf Erkenntnisse zur Organisation und Finanzierung sowie Zukunftsthemen, Trends und Hemmfaktoren in diesem Zusammenhang. Insgesamt haben sich 176 Landkreise an der Umfrage beteiligt, was einer erfreulichen Quote von 60 % entspricht. In der Publikation, die kostenlos (edith.keller@landkreistag.de) bezogen werden kann oder zum Download zur Verfügung steht, werden zentrale Ergebnisse der Umfrage dargestellt und anhand einer Vielzahl von Schaubildern grafisch aufbereitet. So entsteht ein bundesweiter Überblick über die Handlungsfelder, Schwerpunkte, Strukturen, Trends und Herausforderungen der Wirtschaftsförderung auf Landkreisebene. Darüber hinaus bildet die Veröffentlichung eine gute Grundlage für die Landkreise, mehr und mehr in Fragen der Wirtschaftsförderung miteinander ins Gespräch zu kommen, voneinander zu lernen und den eigenen Horizont zu erweitern. DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke dazu: „Die Umfrageergebnisse bestätigen, dass die Aufgaben der Wirtschaftsförderer der Landkreise heute vielfältiger denn je sind und längst über

die klassische Vorstellung des Ansiedlungsmanagements bzw. der Bereitstellung von Gewerbeflächen hinausgehen. Die Wirtschaftsförderer sind mit breit angelegten Entwicklungsprozessen im Kreisgebiet und darüber hinaus betraut, bis hin zur Konzeptionierung von strategischen Anträgen bezogen auf das breite Thema der demografischen Veränderungen. Diese Weiterentwicklung des Aufgabenverständnisses der Wirtschaftsförderer in den Landkreisen zu einer Art von ‚Entwicklungskoordinatoren‘ möchte der Deutsche Landkreistag unterstützen.“ www.landkreistag.de/

„Wir werden diese Menschen schützen“ BERLIN. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, hat in einem Interview des Deutschlandradio Kultur am 21. August 2013 den Vorstoß des CDU-Innenpolitikers Wolfgang Bosbach für einen Krisengipfel zur Asylproblematik begrüßt. Von solch einem Treffen könne eine „klare Botschaft“ ausgehen. Landsberg sagte: „Das wird der Staat nicht hinnehmen. Wir werden diese Menschen schützen. Das ist unsere Pflicht. Und da stehen Bund, Länder und Kommunen zusammen.“ Von einem Krisengipfel erhoffe er sich auch mehr finanzielle Unterstützung, äußerte Landsberg: „Wir nehmen diese Aufgabe wahr. Aber wir erwarten natürlich auch die volle Kostenunterstützung von Bund und Ländern. Denn es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“ Bei den Bürgerkriegsflüchtlingen handele es sich oft um Personen, die stark traumatisiert und zudem physisch verletzt seien: „Das kostet Geld. Das muss finanziert werden. Das ist sicherlich keine kommunale Aufgabe.“ Es sei für die Kommunen oft schwierig, geeignete Unterkünfte für Asylbewerber zu schaffen, so Landsberg. Auch bei diesem Problem hoffe man auf die verstärkte Hilfe von Bund und Ländern, zum Beispiel mit der Freigabe von ehemaligen Kasernengebäuden der Bundeswehr. Landsberg warnte allerdings vor der Überbewertung der jetzigen Demonstrationen vor dem Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf: „Vielleicht sollten wir auch nicht den Fehler machen, einen bedauerlichen Einzelfall – den man nicht hinnehmen darf – in dieser Weise zu verallgemeinern.“ Er verwies darauf, dass im letzten Jahr in Deutschland 77 540 Asylbewerber aufgenommen wurden, ohne dass es zu vergleichbaren Protesten gekommen sei. In diesem Jahr rechne man mit rund 100 000 Asylbewerbern, auch wegen des Bürgerkriegs in Syrien und der Situation in Ägypten. www.dstgb.de

(Zusammenstellung: ulj)

Mietenpolitische Konferenz in Freiburg

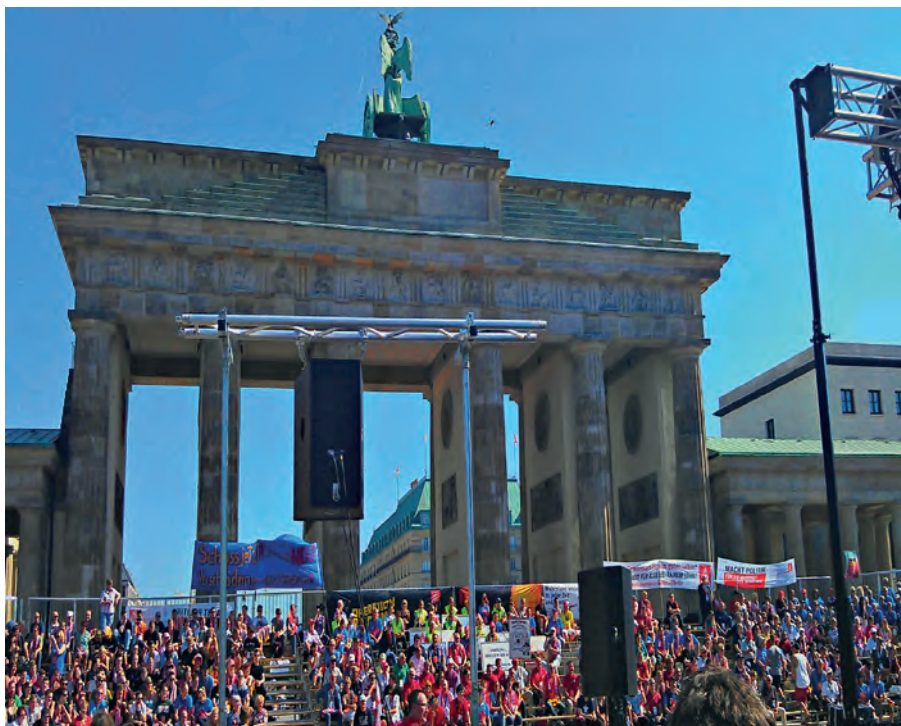
Wie in anderen Städten ist in Freiburg der Wohnraum knapp, und die Mieten hoch. Statistiken sagen, das in Freiburg der Durchschnittsbürger bis zu 40% seines Einkommens für Miete hergibt. 1300 Leute sind inzwischen in der Wohnraumnotkartei aufgenommen. Die miserable Lage ist der Stadtverwaltung nicht unbekannt, und sie hat mit einem „kommunalpolitischen Handlungsprogramm Wohnen“ reagiert, das in diesem Herbst im Gemeinderat verabschiedet werden soll. Das Programm stößt auf Protest verschiedener mietenpolitischer Initiativen. Ihre Hauptkritik: Die Stadtverwaltung versucht unter dem Motto „Bauen, Bauen, Bauen“, neue Stadtteile aus dem Boden zu stampfen, die aber nach Auffassung der Initiativen das Problem der hohen Mieten nicht lösen werden.

Für den 17. September 2013 ist nun eine große Mietenpolitische Konferenz in Freiburg geplant.

Diese soll der Auftakt für eine Unterschriftensammlung sein, die bis zur Kommunalwahl im nächsten Jahr andauern soll. Die Kampagne hat den Titel: „Kommunales Handlungsprogramm für bezahlbare Mieten“. Auf der Konferenz soll ein Aufruf verabschiedet werden, der die Forderungen enthält, für die dann die Unterschriften gesammelt werden. In einem schon kursierenden Entwurf wird folgendes gefordert: „Wer bezahlbaren Wohnraum will, muss Maßnahmen zur Begrenzung der Mieten ergreifen. Erhaltungs- und Milieuschutzsatzungen können eine Vertreibung der MieterInnen aus ihren angestammten Quartieren verhindern, zumindest erschweren. Die städtische Freiburger Stadtbau GmbH (FSB) muss mit einer sozialen Mietenpolitik mit gutem Beispiel vorangehen. 25% sind genug! Der Freiburger Gemeinderat beschließt (ähnlich der Zielsetzung der Reduzierung des CO₂-Ausstosses um 40% bis 2030) eine Leitlinie zur Reduzierung der Mietbelastung. Grundgedanke soll dabei sein, mittelfristig zu erreichen, dass Menschen mit normalem Einkommen nicht mehr als 25% ihres Nettoeinkommens für die Miete aufwenden müssen.

Die Mieten der FSB sollen 20% unter der Obergrenze des Mietspiegels liegen. Für die nächsten 3 Jahre beschließt die FSB einen *Mieterhöhungs-Stopp*.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln für die Wahl einer stadtweiten Interessensvertretung aller Freiburger Mieterinnen und Mieter. Bei der Vergabe städtischer Grundstücke sollen Genossenschaften, Mietshäuser-Syndikatsprojekte, die FSB, Baugruppen u.ä. bevorzugt werden. Die Vergabe erfolgt nach inhaltlichen Kriterien (u.a. die Höhe der späteren Miete), der Anteil des geförderten Mietwohnungsbaus soll bei mindestens 40% liegen.“ *hav*



Bundestagswahl 2013: Aktionen der Gewerkschaften

Mit zahlreichen Aktionen in vielen Städten hat die IG Metall, unterstützt auch von weiteren Gewerkschaften, zwei Wochen vor der Bundestagswahl ihre Erwartungen gegenüber der Politik zum Ausdruck gebracht. An den Aktionen beteiligten sich in erster Linie junge Gewerkschaftsmitglieder. Der Einfluss der Gewerkschaften in der Jugend wächst. Das belegen auch steigende Mitgliedszahlen. Die IG Metall konnte zudem ihre Positionen untermauern mit den Ergebnissen der kürzlich durchgeführten Befragung, an der sich mehr als eine halbe Million Beschäftigte beteiligt hatten. „Gute Bildung, faire Rente, Arbeit von der wir

leben können“ waren die am meisten genannten Schwerpunkte. In Berlin sagte Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall aber auch:

„Wir blicken über den Tellerrand, und das müssen die Politiker, die wir wählen sollen, ebenfalls. Wir wählen nur Parteien, die die Menschen nicht kaputtsparen – wir wollen Solidarität in Europa und darüber hinaus, und wir sind an der Seite aller Arbeitnehmer, die sich wehren, wenn die Folgen der Krise auf ihren Schultern abgeladen werden“.

(Fotos: Aktionstag der IG Metall in Berlin am 7.9.2013, Bruno Rocker)

„Südeuropäer stürmen Arbeitsmarkt“ – Nichts gelernt?!

Innenminister Friedrich sieht Deutschland mit der Aufnahme von Einwanderern überfordert. Tatsächlich macht es eher den Eindruck, als sei der Innenminister mit seinem Amt überfordert. Und die Bild-Zeitung macht Stimmung mit der Überschrift „Südeuropäer stürmen deutschen Arbeitsmarkt“ und veröffentlicht neue Zahlen aus einem Bericht der Bundesagentur für Arbeit. Demnach stieg seit der Öffnung der Grenzen 2011, bzw. seit Eurokrisen-Beginn 2010 die Zahl der beschäftigten Rumänen um 15,5 % auf 82.430, der beschäftigten Bulgaren um 46,3 % auf 34.501, der beschäftigten Griechen um 26,1 % auf 124.893 und die Zahl der beschäftigten Spanier um 35,4 % auf 51.226. Der Leser muss schon selber nachrechnen, um eine Zunahme von 132.590 Menschen in zwei bzw. drei Jahren für ganz Deutschland festzu-

stellen. Ein Sturm sieht anders aus. Diese konkrete Zahl nennt die Bild-Zeitung nicht, sondern unterstreicht vor allem die Prozentzahlen. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Hartz-Empfängern. Im selben Zeitraum stieg diese Zahl bei den Rumänen um 15,5 % auf 17.283, den Bulgaren um 132 % auf 18.812, bei den Griechen um 18,6 % auf 38.612 und bei den Spaniern um 41,8 auf 9.399. Das sind konkret 21.648 Menschen in zwei bzw. drei Jahren. Auch hier macht die Bild-Zeitung aus einem Lüftchen einen Sturm, indem sie diese Zahl ebenfalls verschweigt und die hohen Prozentzahlen in den Vordergrund stellt. Nichts gelernt aus der Mitschuld an den rassistischen Pogromen vor zwanzig Jahren oder wird mit Absicht wieder dasselbe böse Spiel betrieben? (nach Bild-Zeitung vom 31.8.13, Thorsten Jannoff)

Keine Bewegung beim Mindestlohn Einzelhandel

Der Handelsverband HDE und die Gewerkschaft Verdi verhandeln seit 2008 ergebnislos darüber, wie ein Mindestlohn im Einzelhandel eingeführt werden kann. Denn laut Tarifvertragsgesetz muss mindestens die Hälfte der Beschäftigten in einem tarifgebundenen Unternehmen arbeiten, damit ein tariflicher Mindestlohn für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Diese Quote wird im Einzelhandel nicht erreicht. Deshalb befürwortet der HDE ein ähnliches Modell wie in der Friseurbranche. Demnach soll ein Mindestlohn-Tarifvertrag vereinbart werden, so dass die Arbeitgeber, die einen Mindestlohn zahlen wollen, einer dafür eingerichteten Tarifgemeinschaft beitreten können. So könne die 50-Prozent-Quote überschritten wer-

den, weil laut dem HDE viele Einzelhändler zwar den Mindestlohn wollen, sich dann aber nicht mehr an die anderen Tarifverträge halten müssten. Vor dem Hintergrund der Arbeitgeberangriffe auf die Tarifverträge im Einzelhandel, vermehrter prekärer Beschäftigung und weiterer Zumutungen (s. auch PB 5/13) lehnt Verdi diesen Vorschlag ab und fordert die Arbeitgeber auf, Mitglied der Tarifgemeinschaft zu werden. Streit gibt es auch über die Höhe des Mindestlohns. Während der HDE regional unterschiedliche Mindestlöhne von 7,20 Euro bis 7,80 Euro pro Stunde befürwortet, will Verdi nicht den geforderten gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro unterschreiten. (nach Berliner Zeitung vom 1.9.2013, Thorsten Jannoff)

Geplant: Mindestlohn für Schlachthofarbeiter. *Märkische Allgemeine, Fr., 31.8.13.* Die Fleischindustrie und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) wollen schon bald über einen Mindestlohn für Schlachthofmitarbeiter verhandeln. Dieser soll dann auch für die oft ausländischen Werkvertragsbeschäftigten gelten, teilten NGG und der Verband der Ernährungswirtschaft gestern mit. Auslöser ist die Diskussion über den Missbrauch von Werkverträgen und die teils unwürdigen Lebensbedingungen osteuropäischer Billigarbeiter ... Zu großen Verdienststeigerungen werde ein Tarifvertrag bei den rund 80.000 Beschäftigten der Unternehmen und den Tausenden Werkvertragsarbeitern nicht führen, sagte Michael Andritzky, Hauptgeschäftsführer des Regionalverbands der Ernährungswirtschaft. Diese erhielten bereits oft 7,50 Euro Stundenlohn. Große Kostensteigerungen kämen deshalb auf die Branche ebenfalls nicht zu.

Deutscher EU-Kommissar will die Energiewende bremsen. *FAZ, Mi., 3.9.13.* EU-Energiekommissar Günther Oettinger appelliert an die deutsche Politik, die Energiewende nicht länger im Alleingang voranzutreiben. Während einer Energiekonferenz in Köln riet der CDU-Politiker der nächsten Bundesregierung, Erneuerbare Energieträger langsamer auszubauen und den europäischen Partnerländern nicht weiter zu enteilen. Das sei auch im Sinne der Menschen und der Industrie. Wenn Deutschland in den nächsten Jahren den Ausbau der regenerativen Energieträger nicht bremse, werde die Wirtschaft die damit verbundenen Kosten nicht verkraften.

Gegen die Union. Wirtschaftsforscher kritisieren Familiensplitting. *FAZ, Mi., 4.9.13.* Pläne der Unionsparteien, den Kinderfreibetrag und das Kindergeld zu erhöhen, würden den Staat rund sieben Milliarden Euro kosten. Gutverdiener würden dabei erheblich mehr von den Reformen profitieren als einkommensschwache Familien. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Eine Familie in Deutschland hätte durch die Reform, die die Union unter dem Stichwort „Familiensplitting“ präsentiert, durchschnittlich rund 700 Euro pro Jahr mehr zur Verfügung. Höhere Einkommensklassen würden um bis zu 840 Euro entlastet, bei den einkommensschwachen Familien wären es im Durchschnitt 300 Euro. 60 Prozent der Familien in der untersten Einkommensklasse würden gar nicht profitieren, weil bei Empfängern von Transferleistungen wie dem Arbeitslosengeld II das Kindergeld verrechnet wird.

Zusammenstellung: tja

Vor der Wahl: Linke Parteien in Europa

Vorstellung der Studie „Linke Parteien in Europa – Ein Vergleich der europapolitischen Positionen vor den Europawahlen 2014“, erschienen bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Juli 2013

Von Thilo Janssen, 9.9.2013

Wo stehen die linken Parteien in Europa neun Monate vor den Wahlen zum 8. Europäischen Parlament im Mai 2014? Die hier vorgestellte Studie, im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) erstellt und im Juli 2013 veröffentlicht, geht dieser Frage nach. Sie betrachtet die EU-Parlamentsfraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), die Partei der Europäischen Linken (EL) sowie 16 einzelne Linksparteien. Die Studie fragt

nach den aktuellen Kernaussagen der einzelnen Parteien zur EU-Integration, den programmatischen Inhalten in Bezug auf die EU, der Bündnispolitik auf EU-Ebene sowie dem Stellenwert der EU-Politik in den jeweiligen Parteien. Der vorliegende Artikel enthält eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie und beleuchtet grundlegende Probleme linker Parteipolitik auf europäischer Ebene. Die vollständige Arbeit mit ausführlicher Darstellung der einzelnen Parteien kann online auf der Internetseite der RLS abgerufen werden.*

Wahlergebnisse linker Parteien in der Wirtschafts- und Finanzkrise

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und die Strategien der europäischen Regierungen zu ihrer Bewältigung geben aktuell den Rahmen für die europapolitischen Agenden der Linksparteien vor. Die Hypothese, dass mit der – zumindest subjektiv so empfundenen – Bestätigung linker Krisentheorien des Kapitalismus allerorts ein elektoraler Zugewinn für die Linksparteien resultieren müsste, bestätigt sich nicht. Die Wahlergebnisse seit 2009 zeigen ein differenziertes Bild: Das beste Resultat einer Linkspartei bei einer Parlamentswahl erreichte SYRIZA im Juni 2012 in Griechenland mit 26,89 Prozent (+10,1/Mai 2012 bzw. +22,3/2009). Auch die spanische Izquierda Unida (IU) konnte 2011 ihr Ergebnis im Vergleich zu 2008 nahezu verdoppeln und kam auf 6,92 Prozent (+3,15) der Stimmen; die französische Front de Gauche (FG – Wahlbündnis aus Parti Communiste Français [PCF] und Parti de Gauche [PG]) kam 2012 auf 6,91 Prozent (+2,62/PCF). In Portugal jedoch stagnierte die Partido Comunista Português (PCP) 2011 bei 7,90 Prozent (+0,04), während der Bloco de Esquerda (BE) mit 5,17 Prozent (-4,64)

sogar fast um die Hälfte einbrach. Auch in anderen Mitgliedsstaaten mussten Linksparteien leichte Verluste hinnehmen: Die Sozialistische Partij (SP) kam in den Niederlanden 2012 auf 9,65 Prozent (-0,17), trotz besserer Umfragewerte zwischen 24 und 36 Prozent vor der Wahl; die schwedische Vänsterpartiet (V) erreichte 2010 5,60 Prozent (-0,25); die tschechische Komunistická strana Čech a Moravy (KSCM) erzielte 2010 11,3 Prozent (-1,5). In Italien verpasste im Februar 2013 das Bündnis Rivoluzione Civile (RC), in dem unter anderem die Partito Rifondazione Comunista (PRC) und die Partito dei Comunisti Italiani (PdCI) organisiert waren, den Einzug ins Parlament. Die isländische links-grüne Vinstrihreyfingin – grænt framboð (VG), die 2009 erstmals vier Minister in eine Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten entsandte, wurde im April 2013 direkt wieder abgewählt, trotz erfolgreicher Lösung der isländischen Finanzkrise.

Gespalten: Linke Parteien und die EU als politische Handlungsebene

Für die Europawahlen 2014 liegen inzwischen demoskopische Szenarien

vor, welche den Linksparteien Zuwächse prognostizieren; von derzeit etwa 4,5 Prozent der Sitze im EP (35 von 766) auf bis zu 8 Prozent (etwa 61 von 751).¹ Doch bedeutet ein bloßer Zuwachs an Stimmen und damit an Sitzen im EP allein nicht, dass eine tatsächliche Stärkung linker Politik auf EU-Ebene erfolgt. Denn ob statt von *Linken in Europa* von einer veritablen *europäischen Linken* gesprochen werden kann, hängt von mehreren Faktoren ab: Zunächst, ob die EU von allen Linksparteien überhaupt als politische Handlungsebene neben der nationalen anerkannt wird. Dann, ob sich die linken Parteien in Bezug auf die inhaltlichen Ziele einig werden können. Schließlich muss es handlungsfähige, gemeinsame Strukturen auf europäischer Ebene geben.

Ein besonderes Augenmerk richtet die Studie daher auf die Kernaussagen, die das Verhältnis der einzelnen Linksparteien zur EU als politischer Handlungsebene aufzeigen. Eine kurze theoretische Einordnung zeigt zunächst, dass *Euroskepsis*, die linken Parteien in Medien und Politikwissenschaft häufig pauschal unterstellt wird, ein unpräziser und fehlleitender Begriff ist. Zu Beginn der europäischen Einigung, in den 1950er Jahren, lehnte die kommunistische Parteienfamilie die westeuropäische Integration tatsächlich noch unisono ab. Mit dem eurokommunistischen Kurs der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), spätestens aber mit den Umbrüchen in der Parteienlandschaft links von der Sozialdemokratie nach dem Ende der Sowjetunion und der Gründung der EU in Maastricht Anfang der 90er Jahre, hat sich dies grundlegend gewandelt. Heute weisen die Linksparteien in Bezug auf die Europapolitik von allen Parteienfamilien in der EU die größte Heterogenität auf.

Ein Teil der Linksparteien strebt in der Tat nach Erhalt oder Wiedergewinnung nationaler Souveränität zu Lasten der politischen Vertiefung der

* <http://rosalux.de/publication/39751/linke-parteien-in-europa.html> – Inhalt: Einleitung 5 | 1 Linksparteien vor der Wahl 6 | 1.1 Europawahlen im Zeichen der Krise 6 | 1.2 Die nationale Ausgangslage: Wahlergebnisse 6 | 1.3 Reform der EU: «Sprung in Richtung eines wirklich föderalen Europas»? 6 | 2 Theoretische Einordnung: Föderalistischer Euroskeptizismus? 8 | 3 Kooperation linker Parteien auf europäischer Ebene 11 | 3.1 Partei der Europäischen Linken 12 | 3.2 Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) 15 | 4 Europapolitische Positionen linker Parteien 19 | 4.1 SYRIZA – Enotiko Kinoniko Metopo 19 | 4.2 Izquierda Unida 20 | 4.3 Bloco Esquerda 22 | 4.4 Partito della Rifondazione Comunista 24 | 4.5 Die Linke 25 | 4.6 Front de Gauche – Parti Communiste Français und Parti de Gauche 27 | 4.7 Komunistická strana Čech a Moravy 29 | 4.8 Vasemmistoliitto 31 | 4.9 Sinn Féin 33 | 4.10 Sozialistische Partij 34 | 4.11 Enhedslisten – De rød-grønne 35 | 4.12 Vänsterpartiet 37 | 4.13 Kommunistikó Kómma Elládas 39 | 4.14 Partido Comunista Português 39 | 4.15 Sinistra Ecologia e Libertà 41 | 4.16 Vinstrihreyfingin – grænt framboð 42 | 5 Europawahlen 2014: Wird es einen europäischen Wahlkampf der Linken geben? 44 | 5.1 Demokratie in der EU: Eine Frage der Ebene 44 | 5.2 Größter gemeinsamer Nenner: Ein soziales Europa 45 | 5.3 Elektorale Ausgangssituation und die Kandidatenfrage: Kopflos ins Rennen? 46 | Literatur 48 | Quellen 50 | Abkürzungsverzeichnis 57 | Tabellenverzeichnis 58

EU-Integration. Ein anderer Teil der linken Parteien sucht dagegen die Unzulänglichkeiten und Widersprüche der EU durch Reformen zu bewältigen, die unter der Überschrift *mehr Europa* gefasst werden können, etwa eine Stärkung des EU-Parlaments, gemeinsame Haftung für öffentliche Schulden oder eine integrierte Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik. Es erscheint nicht sinnvoll, linken Parteien, die dergestalt eine Vertiefung der EU-Integration anstreben, nur mit anderen politischen Konzepten als denen der negativen Marktfreiheit, per se eine Skepsis gegenüber der europäischen Integration zu unterstellen. Die Studie kategorisiert folglich jene Linksparteien, in denen tatsächlich die Ansicht vorherrscht, nur auf nationaler Ebene und ohne eine Einmischung durch die EU könne in absehbarer Zeit linke Politik verwirklicht werden, als tendenziell souveränistisch, und jene Parteien, die linke Politik gesamteuropäisch mit dem EU-Parlament als zentralem Gesetzgebungsorgan verwirklichen wollen, als tendenziell föderalistisch. Dabei wird berücksichtigt, dass es neben der offiziellen Positionierung einer Partei immer auch abweichende Stimmen und Strömungen gibt, wie etwa die Diskussion zur Zukunft der Währungsunion in der deutschen Linkspartei zeigt.

Ein Grund für die Ausrichtung der EU-Politik einzelner Linksparteien kann die nationale Wahlstrategie zwischen linker Opposition und Annäherung an die Sozialdemokratie mit Regierungsbeteiligung sein. Eine mögliche Regierungsbeteiligung zieht in der Regel eine leisere EU-Kritik nach sich (siehe das restlose Ausklammern von EU-Politik im Wahlkampf der schwedischen V 2010 oder die Regierungszeit der zyprischen AKEL, welche erst nach ihrer Abwahl 2013 den Ausstieg aus dem Euro forderte). Dies kann allerdings Konflikte innerhalb der Parteien und eine partielle Entfremdung von der Stammwählerschaft zur Folge haben. Konkurrieren zwei elektoral relevante Linksparteien miteinander um die Gunst der Wählerinnen und Wähler, wie in Portugal (PCP und BE), Griechenland (KKE und SYRIZA) oder Dänemark (Enhedslisten – De rødgrønne [ERG] und Socialistisk Folkeparti [SF]), wählen diese Parteien in der Regel unterschiedliche Haltungen zur EU-Integration (vgl. dazu Almeida 2012)².

Im Ergebnis zeigen sich die linken Parteien in Europa bei den Kernaussagen zur EU-Integration also gespalten: In den EU-Mitgliedsparteien SYRIZA, IU, BE, PRC, Die Linke, FG, Vänsterförbundet (VAS – Finnland) und KSCM (EL-Beobachter), die auch Teil der GUE/NGL oder mit dieser assoziiert sind, überwiegt derzeit eine tenden-

ziell föderalistische Haltung zur EU. Dennoch kann selbst für die Vollmitglieder der EL nicht von einer einheitlichen Position gesprochen werden. Die elektoral bedeutsame dänische ERG, seit 2010 Vollmitglied der EL, fordert den Austritt Dänemarks aus der EU und traf bereits den Entschluss (ohne den EL-Kongress im Dezember 2013 abzuwarten), wie auch in den Jahren zuvor Kandidatinnen und Kandidaten der Anti-EU-Bewegung Folkebevægelsen mod EU (FmEU) zu unterstützen. Doch selbst in den tendenziell föderalistischen Linksparteien brodelt es. Mit der fortwirkenden Finanz- und Wirtschaftskrise verschaffen sich etwa in der deutschen Linken, der spanischen IU oder der französischen FG vermehrt jene Stimmen gehör, die eine Auflösung des Euro oder den Rückzug in den Nationalstaat befürworten.

Die orthodox-kommunistischen GUE/NGL-Mitglieder KKE und PCP streben, wie die schwedische Linkspartei V (alle nicht in der EL), einen Austritt ihrer Länder aus der EU beziehungsweise deren Auflösung an. Die griechische KKE bekennt sich dabei offen zu dem Ziel, die EL, die sie als Zusammenschluss der reformistischen Abweichler und Apologeten des EU-Imperialismus betrachtet, zu bekämpfen. Die GUE/NGL-Mitglieder Sinn Féin (SFe) aus Irland und die niederländische SP wollen zwar nicht aus der EU austreten, plädieren jedoch für mehr nationale Eigenständigkeit in einer zu einem loseren Staatenbund gewandelten EU.

Die Spaltung der Linksparteien in Bezug auf die bevorzugte Ebene der Politikverwirklichung wirkt sich bereits negativ auf das gemeinsame Agieren in der Linksfraktion GUE/NGL aus. Im Zeitraum Juli 2009 bis April 2013 lag die durchschnittliche Abstimmungsübereinstimmung in der Fraktion bei lediglich 79,22 Prozent. Zum Vergleich: Die Grünen/EFA lagen bei 94,57 Prozent, die christdemokratische EVP bei 92,69, die sozialdemokratische S+D bei 91,35, die liberale ALDE bei 88,94 und die nationalkonservative ECR (UK Conservatives, PiS, ODS) immerhin noch bei 86,61 Prozent. Heterogener als die Linksfraktion ist nur die rechtspopulistische EFD (Lega Nord, UKIP, Wahre Finnen etc.) mit 49,79 Prozent Übereinstimmung. Bedenklich ist, dass die GUE/NGL die einzige Fraktion im EP ist, bei der die Heterogenität im Vergleich zur vorhergehenden Legislaturperiode noch zugenommen hat; um circa 5 Prozent.³

Dass sich der Konflikt um die Anerkennung der EU als legitime Ebene politischer Gestaltung auf die Kooperation innerhalb der Fraktion auswirkt, zeigt auch der Fall des Wegganges des portugiesischen BE-Abgeordneten Rui Tavares von der GUE/NGL zu den Grü-

nen/EFA. In seiner Begründung hieß es, in der GUE/NGL stünden zu viele orthodoxe Kommunisten und nationale Souveränisten zu wenigen proeuropäisch-föderalistisch eingestellten Linken gegenüber, was zu Blockaden bezüglich politischer Initiativen führe.⁴ Auch die Fraktionsvorsitzende Gabriele Zimmer (Die Linke) schrieb in einem Artikel, so manche in der GUE/NGL vertretene Partei nutze die Fraktion vor allem, um zusätzliche Ressourcen für die nationale Ebene zu mobilisieren und sei dabei nicht an einer Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der Linken auf EU-Ebene interessiert.⁵

Einigkeit: Linke Parteien für ein soziales Europa

Dabei liegen die Linksparteien inhaltlich, also unabhängig von der bevorzugten Ebene der Politikverwirklichung, nahe beieinander. Sie alle teilen das Ziel eines sozialen Modells der internationalen Zusammenarbeit in Europa. Zu den übereinstimmend vertretenen Forderungen gehört die Durchsetzung des Vorrangs sozialer Rechte (etwa das Recht auf Streik und Kollektivmaßnahmen) gegenüber den sogenannten wirtschaftlichen Freiheiten durch eine Soziale Fortschrittsklausel als Zusatz zu den EU-Verträgen. Diese Position wird auch von souveränistisch ausgerichteten Linksparteien wie der schwedischen V oder der irischen SFe geteilt, da eine solche Regelung davor schützen kann, dass nationale soziale Standards durch EU-Recht abgebaut werden. Auch Maßnahmen zur Beseitigung von Armut gehören zu den gemeinsamen Forderungen der Linksparteien und haben so ihren Weg in die Programme der GUE/NGL und der EL gefunden. Vorgeschlagen werden etwa EU-Vereinbarungen über verbindliche Untergrenzen bei Löhnen, Renten und Einkommen. Auch hier besteht jedoch keine Einigkeit, ob eine reformierte EU diese Standards legislativ im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren durchsetzen sollte oder ob zwischenstaatliche Vereinbarungen bevorzugt werden (legislative Maßnahmen der EU im Bereich Soziales sind nach derzeitiger Vertragslage weitgehend ausgeschlossen – vgl. AEUV, Art. 151ff).

Alle Linksparteien lehnen die negative Marktintegration ab. Wirtschaftliche Deregulierungsprozesse sollen rückgängig gemacht und die ökonomische Entwicklung durch öffentliche Investitionen sozial und ökologisch nachhaltig gesteuert werden. Die Mindestbesteuerung multinationaler Konzerne wird von vielen Parteien thematisiert, jedoch herrscht Uneinigkeit, ob dies durch zwischenstaatliche Abkommen oder zentral durch die EU geregelt werden soll. SFe etwa lehnt bindende Regelungen, welche die Steu-

ersouveränität Irlands einschränken könnten, ab.

Alle in der Studie betrachteten Linksparteien fordern die Regulierung des europäischen Finanzsektors, das Verbot bestimmter Finanzprodukte und ein internationales Vorgehen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung. Die demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank (EZB) und eine Neuausrichtung ihrer monetären Politik auf Vollbeschäftigung sowie ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum werden vor allem von solchen Linksparteien hervorgehoben, deren Herkunftsstaaten der Währungsunion angehören. Die föderalistisch argumentierenden Mitgliedsparteien der EL sprechen sich für die Emission gemeinsamer Schuldtitel (Eurobonds) aus. Eine Finanztransaktionssteuer wird ebenfalls von den meisten Parteien befürwortet; allerdings sehen einige Linksparteien darin einen Beitrag zugunsten der nationalen Haushalte, andere betrachten solche Einnahmen als Teil eines eigenständigen, von den nationalen Hauptstädten unabhängigen EU-Budgets. Die souveränistische ausgerichteten Linksparteien in der GUE/NGL lehnen eigene EU-Einnahmen ab, weil für sie ein von den Mitgliedsstaaten unabhängiger EU-Haushalt einen Schritt in Richtung eines europäischen Föderalstaats bedeutet. Eine finanzielle Umverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten wird zwar grundsätzlich von allen linken Parteien befürwortet. Doch es gibt auch hier Unterschiede: Während vor allem die EL-Parteien SYRIZA, BE, IU, Linke und FG sich gegen die vom Europäischen Rat geplanten Kürzungen des EU-Haushalts 2014 bis 2020 ausgesprochen haben, stattdessen eine Erhöhung verlangen und eine Rückkehr zu „national zentrierter Politik“⁶ ablehnen, fordern die schwedische V und die niederländische SP Kürzungen des EU-Budgets. Die V will die Mittel für Agrar- und Strukturfonds beschneiden, die SP nur noch ärmere Mitgliedsstaaten statt, wie bisher, strukturschwache Regionen mit EU-Geldern fördern, da die wohlhabenderen Nationalstaaten ihre wirtschaftsschwachen Regionen selbst unterstützen sollten. Die einzige Partei, die keinerlei reformistische Programmpunkte unterstützt und kompromisslos einen nationalen revolutionären Umsturz sowie den Bruch mit der EU anstrebt, ist die griechische KKE. Auch sie muss jedoch akzeptieren, dass im Rahmen der GUE/NGL gemeinsame Positionen formuliert werden, selbst wenn sie diese selbst nicht mitträgt.

Ausblick: Nachholende Integration der linken Parteien in Europa

Die Linksparteien, die in der EL und der GUE/NGL organisiert sind, befin-

den sich vor den Europawahlen 2014 noch immer in einem „nachholenden integrativen Prozess“ (Schirdewan)⁷ gegenüber den anderen Parteienfamilien und ihren Europaparteien. Die 2004 gegründete Europapartei EL und die bereits seit 1995 bestehende Parlamentsfraktion GUE/NGL sind bis heute nicht deckungsgleich; wichtige in der GUE/NGL vertretene Parteien bleiben der EL bis auf Weiteres fern. Von einer europäischen Linken kann daher nicht die Rede sein. Positiv kann vermerkt werden, dass trotz ideologischer Unterschiede – von skandinavischen Links-Grünen über Trotzlisten und Reformsozialisten bis hin zu orthodoxen Kommunisten – seit bald 20 Jahren eine Zusammenarbeit in der GUE/NGL stattfindet, die punktuell auch Erfolge vorweisen kann; die Fraktion ist insofern ein einmaliges Projekt der Parteilinken in Europa. Es ist jedoch zweifelhaft, ob eine Zusammenarbeit, die sich mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner zufrieden gibt, zukunftsfähig ist. Dies zeigt etwa die Tatsache, dass schon die erstmalige Aufstellung von Spitzenkandidatinnen oder Kandidaten der Europaparteien für das Amt der Kommissionspräsidentin bzw. des -präsidenten zur kommenden Europawahl 2014 für die Zusammenarbeit linker Parteien auf EU-Ebene eine erhebliche Herausforderung darstellt. Die EL verfügt zwar durchaus über EU-weit bekannte Köpfe, beispielsweise Alexis Tsipras, den Vorsitzenden von SYRIZA, oder den französischen Präsidentschaftskandidaten 2012 der FG, Jean-Luc Mélenchon. Personell stünde einem europäischen Wahlkampf der EL also nichts im Wege. Insgesamt sind zudem die Chancen gut, dass die Parteien der EL, welche die EU als legitime politische Handlungsebene betrachten, ihren Anteil an Abgeordneten in der GUE/NGL vergrößern könnten. Dies könnte dazu beitragen, die Kohärenz innerhalb der Linksfraktion ab 2014 zu verbessern, was wiederum positive Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit, das parlamentarische Gewicht und die öffentliche Ausstrahlung der Fraktion hätte (die Einigung auf einen eingängigeren Namen würde auch ihre Dienste tun). Aber eine europäische Linke wird kaum erfolgreich sein, wenn ihr wichtige Partner fehlen. Es ist ebenfalls möglich, dass sich ein Teil der Linksparteien aufgrund der bestehenden Differenzen einer neuen Linksfraktion nicht anschließen wird. Die GUE/NGL hat jedoch schon jetzt das Problem, dass sie in vielen Mitgliedsstaaten, vor allem in Osteuropa, nicht vertreten ist.

Die Krisenpolitik der neoliberalen Mehrheiten in der EU und ihren Mitgliedsstaaten trägt dazu bei, dass Divergenzen in Bezug auf die Europapolitik in den Linksparteien vor den Euro-

pawahlen 2014 kontroverser ausgetragen werden als noch 2009. Selbst in der EL könnten mit dem Fortwirken der Krise in einigen bislang föderalistisch ausgerichteten Linksparteien souveränistische Flügel stärkeres Gewicht gewinnen, welche der Idee anhängen, bei einer Rückbesinnung auf den Nationalstaat ließe sich der Neoliberalismus irgendwie aussperren. Diese Entwicklung könnte sich negativ auf die bereits erreichte programmatische Kohärenz der EL auswirken und auch die GUE/NGL in ihrer Handlungsfähigkeit weiter beschneiden. Somit könnte – als Ironie dieser Geschichte – die von der politischen Linken als tiefe Krise des Kapitalismus analysierte historische Situation gar dazu führen, dass sich die europäischen Linksparteien weiter auseinander dividieren, anstatt den eigenen Integrationsprozess zu vertiefen. Dabei harren viele gesellschaftliche Probleme in Europa links-europäischer Lösungsansätze: Von der Armut und Ungleichheit in der EU über Einwanderungspolitik und den Schutz der individuellen Privatsphäre bis hin zu einer an sozialen Standards und Demokratie ausgerichteten Handelspolitik. Im Dezember 2013 entscheidet die EL bei ihrem 4. Kongress über die gemeinsame Aufstellung für den Europawahlkampf 2014. Dann wird sich zeigen, ob sie sich auf eine gemeinsame Spitzenkandidatin oder einen Kandidaten einigen kann. Die Konstituierung einer neuen Linksfraktion, die dringend Antworten auf die hier skizzierten Fragen finden muss, steht dann nach den Europawahlen 2014 an.

1 Quelle: Studi e Proiezioni Elettorali (22.08.2013): Verso le Europee 2014: simulazione della composizione del nuovo Parlamento Europeo: <http://sondaggi proiezioni.blogspot.it/2013/08/verso-le-europee-2014-simulazione-della.html>

2 Almeida, Dimitri (2012): The Impact of European Integration on Political Parties – Beyond the Permissive Consensus. Oxon.

3 Quelle: Votewatch: <http://www.votewatch.eu/>

4 Tavares, Rui (24.06.2011): A um amigo que discorda: <http://ruitavares.net/textos/a-um-amigo-que-discorda/>

5 Zimmer, Gabriele (2012): Solidarity within the European left. In: Transform! Zeitschrift, Issue 11/2012: <http://transform-network.net/de/zeitschrift/issue-112012/news/detail/Journal/solidarity-within-the-european-left.html>

6 European Left (13.02.2013): EU Budget – A step in the wrong direction.; http://www.european-left.org/nc/english/home/news_archive/news_archive/browse/3/zurueck/news_archive/artikel/eu-budget-a-new-step-in-the-wrong-direction/

7 Schirdewan, Martin (2006): Die Linke auf dem Weg in die Normalität? Realität und Perspektiven der Europäischen Linkspartei. In: Mittag, Jürgen (Hrsg.): Politische Parteien und Europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa. Essen. S.667-694

70 Jahre „Operation Gomorrha“ – Der vergessene Mustergau Hamburg

Die Erinnerung an die Geschichte des Nationalsozialismus wird jenseits der offiziellen Gedenkpoltik auch im Alltäglichen vermittelt. Die familiäre Erzählung der großflächigen Bombardierung Hamburgs durch die RAF überlagert in der deutschen Oral History die Gräueltaten der NS-Volksgemeinschaft im Mustergau Hamburg. Neonazis spielen – anders als in Dresden – nur am Rand eine Rolle im hanseatischen Opferdiskurs.

In den innenstadtnahen Stadtteilen Hamburgs, besonders östlich der Alster, sind sie an vielen wiederaufgebauten Mehrgeschosshäusern zu sehen: Tontafeln, mit dem Hamburger Wappen und dem Hinweis: „Zerstört 1943, wiederaufgebaut ...“. Die Tafeln kommen von der städtischen Baubehörde und sind im Alltag präsenter als das offizielle Mahnmal, dass an die Bombardierung Hamburgs im Sommer 1943 erinnert: Der Turmrumpf der Kirche St. Nikolai, der nach dem 8. Mai 1945 als Ruine restauriert wurde und zum städtischen Mahnmal „für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ erklärt wurde. Der markante Kirchturm diente den Piloten der britischen Royal Air Force, RAF, bei ihrem Anflug auf Hamburgs Osten als Orientierungsmarke. In den Stadtteilen ringsherum blieb kein Haus stehen.

Vom 25. Juli bis 3. August 1943 flogen die britische RAF und die US Air Force mit bis zu 1000 Bombern Angriffe auf Hamburg. Die werden meist als die bis dahin schwersten Angriffe in der Geschichte des Luftkrieges bezeichnet. Befohlen wurde das „Carpet Bombing“ von Luftmarschall Arthur Harris. Harris wies darauf hin, dass die Deutschen diese Strategie in den Zweiten Weltkrieg eingeführt hatten, sie bereits unmittelbar nach dem Beginn des Einmarsches begonnen hätten, polnische Städte zu bombardieren – und bereits zuvor im Spanienkrieg mit der Bombardierung der baskischen Kleinstadt Gernika am 26. April 1937 die flächendeckende Bombardierung erprobt hätten. Wo in Gernika der Durchhaltewillen der AnhängerInnen der spanischen Demokratie gegen den reaktionären Militärputsch von General Franco gebrochen werden sollte und in Polen von den Deutschen bevorzugt Städte mit jüdischen Vierteln bombardiert wurden, ging es Luftmarschall Arthur Harris und seinem Premier Winston Churchill ebenfalls um ein Brechen des Durchhaltewillens – allerdings diesmal der als Aggressor unter Führung der Nazis agierenden deutschen Volksgemeinschaft, die bereits

halb Europa in Schutt und Asche gelegt hatte. Goebbels umjubelte Rede im Berliner Sportpalast für die Führung eines „totalen Krieges“ lag ein halbes Jahr zurück – auch die Niederlage bei Stalingrad hatte nicht zu einem Nachlassen der deutschen Kampfkraft an den Fronten und bei der Kriegswirtschaft im Hinterland geführt. Es ging – nicht nur im Rahmen der militärischen Logik – um eine schnellere Beendigung des von Deutschland geführten Angriffskrieges. Hamburg war ein Zentrum der deutschen Rüstungsproduktion und der Seekriegsführung, auch der Nachschublinien für die Wehrmacht. Nach der Operation Gomorrha, wie der Deckname für die Bombardierung Hamburgs lautete, gab es ähnliche Flächenbombardements in Kassel, Braunschweig, Magdeburg, Dresden, Pforzheim, Mainz, Würzburg und Hildesheim. Die meisten Toten gab es in Hamburg, damals mit 1,5 Millionen EinwohnerInnen die zweitgrößte Stadt des Deutschen Reiches. Bei der Operation Gomorrha starben weit über 30 000 Menschen, etwa 125 000 wurden verletzt. Wie viele Menschen aus den Bomberbesatzungen starben, blieb unerwähnt. Bekannt ist aber, dass im Zweiten Weltkrieg die Hälfte der Besatzungen der RAF bei den Einsatzflügen starb.

Für die Nacht vom 27. auf den 28. Juli 1943 gibt es in Hamburg einen feststehenden Namen: Feuersturm. In diese Nacht waren die eng bebauten Arbeiterwohnquartiere von Hammerbrook bis Barmbek das Ziel der Spreng- und Brandbomben. Es entstand eine mächtige Feuerwalze, die den Sauerstoff so stark anzog, dass Menschen mit ins Feuer gesogen wurden, im glühenden Asphalt einsackten, nahezu verdampften. Wolf Biermann erzählte Jahrzehnte später, wie seine Mutter ihn und sich rettete, in dem sie in einen Fleet sprang. In alteingesessenen Hamburger Familien gibt es wohl kaum jemanden, dem nicht etwas Vergleichbares erzählt wurde. Das wurde auch in den größeren Medien Hamburgs wiederholt aufgegriffen – in einer ähnlichen Diktion wie Berichte von der großen Flutkatastrophe im Februar 1962¹. Bereits Anfang 2013 gab es eine Ausstellung zu den Auswirkungen der „Operation Gomorrha“ auf der Elbinsel Wilhelmsburg². In der „Welt“ hieß es aus diesem Anlass, dass „die Royal Air Force den Bombenkrieg perfektionierte“³, im „Hamburger Abendblatt“: „Es sind die bis dahin schwersten Angriffe in der Geschichte des Luftkrieges“⁴.

Der Feuersturm oder die Hamburger Bombennächte, wie sie auch genannt werden, ist eine auf Familientreffen an die nachfolgenden Generationen weitergegebene Erzählung⁵. Anders als bei Wolf Biermann, der über den Nationalsozialismus auch noch anderes erzählt, ist für viele HamburgerInnen der Feuersturm das wichtigste Ereignis der Nazizeit. Biermanns Vater Dagobert war ein kommunistischer Widerstandskämpfer, der im Hamburger Hafen auf der Werft, wo er arbeitete, Beweise dafür sammelte, dass dort Schiffe für die Putschisten um Franco in Spanien gebaut wurden, der sabotierte, wo er konnte. Und der im KZ Auschwitz vergast wurde, als Jude, als Kommunist.

Dem gegenüber konstituiert sich die Mehrheit der autochthonen HamburgerInnen in einem Opferdiskurs als postnationalsozialistische, deutsche Schicksalsgemeinschaft – dadurch, dass sie neben dem Leid ihrer Vorfahren in ihrer aktiven Erinnerung keinen Platz für die Leiden der Opfer des Nationalsozialismus einräumen. Dies zeigt sich anschaulich in mündlichen Familienüberlieferungen und in der Oral History, wenn Alteingesessene aus ihrem Leben im Hamburg der Nazizeit erzählen. Oft ist dann nur verkürzt von der „Kriegszeit“ die Rede, und von der Steckrübenzeit danach. Nicht alle sind dabei so direkt wie Jochen Rodenbeck, der den Feuersturm auf der Uhlenhorst erlebte und im Extrahft der „Hamburger Morgenpost“ zur Operation Gomorrha erklärte: „Ende Juli 1943 hörte der Krieg auf, ein Spiel zu sein“. Auch in den anderen im Extrahft abgedruckten Schilderungen von ZeitzeugInnen geht es nur um deutsche Opfer⁶.

Die offizielle Gedenkpoltik nennt selbstredend immer auch die NS-Opfer mit. Beim genaueren Hinschauen zeigt sich aber auch hier eine klare Hierarchisierung des Erinnerns: Wo an jedem zerbombten, wiederaufgebauten Haus eine entsprechende Tontafel hängt, so finden sich entsprechend präsenste Tafeln, die an die 1299 Zwangsarbeiterlager in Hamburg erinnern, nicht. Auch nicht an den 928 Betrieben, die Zwangsarbeitende beschäftigten. Bezeichnend: Das Grab für 140 sowjetische Zwangsarbeiterinnen, die bei einem späteren Bombardement starben, liegt weitab vom großen Massengrab für die Todesopfer der Operation Gomorrha. Die jungen Frauen, zwischen 14 und 25 Jahren alt, mussten in einer Fabrik von Valvo-Phillips Röhren

für Radios und Fernmeldegeräte sowie Glühbirnen produzieren und durften wie alle ZwangsarbeiterInnen und Häftlinge aus den 20 Nebenstellen des KZ Neuengamme in Hamburg nicht in die Schutzräume. So starben sie 1944, geduckt in einen Graben. Während an dem beeindruckend großflächigen Bombenopfer-Sammelgrab auf dem städtischen Friedhof Ohlsdorf jährlich offizielle Kranzniederlegungen stattfanden, 1952 im Mittelpunkt des Sammelgrabs ein Mahnmal erreicht wurde – ein monumentaler quadratischer Sandsteinblock – so organisiert das Gedenken an die Valvo-Frauen nicht die Stadt, sondern kontinuierlich die VVN, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes⁷ – seit einigen Jahren im Bündnis Ohlsdorfer Friedensfest, wodurch die Aufmerksamkeit etwas erhöht wurde.

Zu den Toten der Bombardierungen gehörten zahlreiche ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene – Ende Juni 1943 waren in Hamburg gut 66 000 ausländische Zwangsarbeitende registriert.

Im Chaos der Luftangriffe versuchten viele von ihnen zu fliehen. So in der Nacht zum 30. Juli auch 72 von 100 sowjetischen ZwangsarbeiterInnen aus dem Krankenhaus St. Georg. Die Reaktion der Krankenhausleitung ist dokumentiert. Sie alarmierte umgehend die Gestapo, die auf der Stelle acht der nicht geflohenen Sowjets vor den Augen der Mitpatienten per Genickschuss ermordete. Erst seit September 1989 erinnert auf Initiative der Geschichtswerkstatt St. Georg ein kleiner Gedenkstein auf dem Krankenhausgelände daran.

Zu den gefährlichsten Räumungsarbeiten in den Trümmern, dort, wo viele nicht explodierte Bomben lagen, wurden Zwangsarbeitende und KZ-Häftlinge gezwungen. Wer sich weigerte, ohne Schutzanzüge und Maske verwesende Leichen zu bergen, wurde sofort erschossen. Graf Georg Henning von Bassewitz-Behr, Hamburgs SS- und Polizeiführer, verschärfte umgehend nach den Bombenangriffen den Kurs gegenüber den Zwangsarbeitenden und erließ eine entsprechende Direktive. Himmler schickte darauf ein Telegramm nach Hamburg, in dem er das „scharfe Durchgreifen“ lobte.

Im offiziellen wie im privaten Gedenken wird hiervon geschwiegen, obwohl es nicht an markanten Ereignissen mangelt. Am 16. August 1943 schrieb Generalmajor Liessem, als höherer SS- und Polizeiführer für Norddeutschland zuständig, in einem Bericht: „Ausländer haben sich zum größten Teil schlecht benommen. Sie sahen bereits den kommenden Sieg. Ein Werk wurde von Ausländern besetzt und musste durch Marine-Soldaten mit Gewalt erobert werden.“ Aber wer

nicht von der gewalttätigen Ausbeutung der NS-Opfer in Hamburg sprechen will, sich nicht in dem eigenen selbstreferenziellen Opferdiskurs stören lassen will, schweigt lieber davon, dass die Bombardierung Hamburgs, eben für die Zwangsarbeitenden und KZ-Häftlinge auch ein Zeichen des nahenden Sieges über die Deutschen und ihre Wehrmacht war.

Der Hamburger Gomorrhardiskurs verliert in seinem indifferenten Gedenken an „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“, in seiner Diffusität jede Schärfe gegenüber dem Nationalsozialismus. So schreibt die unabhängige Freie Akademie der Künste im Begleittext zur am 15. August begonnenen Ausstellung „Die erwartbare Katastrophe“: „...die Operation Gomorrha prägte sich als tiefste Zäsur des 20. Jahrhunderts in das Hamburger Stadtbild ein.“⁸ Bezeichnend, dass trotz der ja vorhandenen Gedenkstätten, die an den nationalsozialistischen Terror und die Shoah erinnern, bis hin zum KZ Neuengamme, die in Hamburg „tiefste Zäsur“ die Bombardierung 1943 gewesen sein soll. Eine tiefere Zäsur als die Nazi Herrschaft in Hamburg, die mit ihren Orten des Terrors, der Machtentfaltung, der Volksgemeinschaft, der Blut- und Boden-Ideologie das Stadtbild nachhaltig geprägt haben – von den Außenstellen des KZ bis hin zur völkischen motivierten Anlage von Wohnvierteln? In einer unschönen, offiziellen Form ist Gedenken im Stadtbild am Dammtorbahnhof präsent: Dort wurde 1936 von den Nazis ein Kriegerdenkmal errichtet – ein riesiger Steinblock mit marschierenden Soldaten und der Inschrift: Deutschland muss leben, auch wenn wir sterben müssen. Der Hamburger Senat hat auf die Forderungen linker Gruppen nach einem Abriss dem Kriegsklotz zur Hochzeit der westdeutschen Friedensbewegung ein paar kleine Skulpturen des Bildhauers Alfred Hrdlicka gegenübergestellt, die den Feuersturm zeigen, die Opfer – und, aber das wird kaum beachtet, Hrdlicka schuf auch eine Skulptur für Häftlinge des KZ Neuengamme, die durch britisches Bombardement starben. Die Britische Besatzungsmacht wollte den Kriegsklotz sprengen – der erste Nachkriegssenat verhinderte dies. Jetzt gibt es einen neuen Anlauf eines antifaschistischen Bündnisses für ein Deserteursdenkmal, welches den Kriegsklotz ersetzen soll. Es braucht keine prophetischen Gaben, um darauf zu kommen, dass der Hamburger Senat wieder bestenfalls eine die durch die neue Initiative geweckte kritische Öffentlichkeit sättigen sollende Gedenkbeilage neben dem Kriegsklotz drapieren wollen wird. Es ist angerichtet!

Der Hamburger Senat hat für 2013 ein „Gedenkjahr“ ausgerufen: „Es ist wichtig, das kollektive Gedächtnis

Hamburgs und die Erinnerung an das menschenverachtende Unrecht des Nationalsozialismus und die Schrecken des Zweiten Weltkriegs wachzuhalten“, so Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Dorothee Stapelfeldt, SPD, anlässlich der Vorstellung der Website zum Gedenkjahr⁹. Und Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit, ebenfalls SPD, pflichtete ihr bei: „Unsere Website soll dazu beitragen, dass die vielen engagierten und aufrüttelnden Erinnerungsprojekte in unserer Stadt zahlreiche Zuschauerinnen und Zuschauer finden.“ Bezeichnenderweise stand kurz nach dem Start im Februar kaum etwas zum Nationalsozialismus auf der Site, aber dafür schon ein Hinweis Jahrestag der Operation Gomorrha: „Gedenkveranstaltung und Ausstellungseröffnung im Mahnmal St. Nikolai“. Die dortige Ausstellung zum Gomorrha-Gedenken wird für den Publikumsverkehr am 1. September größer als bisher wiedereröffnet¹⁰. Im Sommer stehen auf der Gedenkseite die Veranstaltungen der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und des Ohlsdorfer Friedensfestes, mit dem ein Bündnis von VVN über Verdi bis hin zur Kriegsgräberfürsorge vom 20. Juli bis zum 4. August mit Veranstaltungen am Sammelgrab der Bombenopfer Präsenz zeigten, in denen nicht die Deutschen als Opfer der Bombardierungen im Mittelpunkt standen – im Gegenteil wurde gezeigt, wie antifaschistisch gedacht werden kann. Das Ohlsdorfer Friedensfest gibt es seit 2009 und Schwerpunkt ist es, ein kritisches Gedenken im Zusammenhang mit den alliierten Bombardierungen zu etablieren. Antifaschistische Gruppierungen haben hier die Möglichkeit, eigene, auch staatskritische Veranstaltungen durchzuführen. „Es hat eine gänzlich andere Qualität, als noch vor 10 Jahren bei den Gedenkfeiern in Ohlsdorf“, so Felix Krebs vom Hamburger Bündnis gegen Rechts, dass das Friedensfest mitveranstaltet gegenüber dem Autor: „Die Gedenkpolitik im Rahmen des Ohlsdorfer Friedhofes hat sich in den letzten fünf Jahren verschoben.“ Dadurch können jetzt Neonazis dort auch nicht mehr ihre geschichtsfälschenden Kundgebungen abhalten wie bis 2007¹¹. Die Hamburger Innenbehörde hatte die Nazikundgebungen genehmigt und mit Polizeipräsenz begleitet. Erst als linke Antifagruppen dagegen offensiv protestierten, wurde die Friedhofsverwaltung aktiv und verbat sich das Nazigedenken. Das „Hamburger Abendblatt“ interviewte im Juli den Pressesprecher der Friedhofsverwaltung Lutz Rehkopf zum Ohlsdorfer Friedensfest, liess aber das Engagement der Antifagruppen außen vor, stellte es so dar, als ob die Verwaltung von sich aus aktiv geworden sei¹².

Beim offiziellen städtischen Gomor-

rha-Gedenken früherer Jahrestage wurde das Ausmaß der Zerstörung durch die Bombardierung wesentlich eindrücklicher beschrieben und bebildert als alle Naziverbrechen¹³. Insbesondere zu dem offiziellen Gedenken 2003 hat der Historiker Malte Thießen eine sehr informative, im Internet frei zugängliche ausführlicher Untersuchung veröffentlicht¹⁴. Auch dazu, wie der Eindruck erweckt wurde, die Operation Gomorrha wäre die Stunde Null für Hamburg gewesen. So als ob es danach mit der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft vorbei gewesen wäre und alle nur noch auf das Ende gewartet hätten.

Wenige Wochen nach dem Hamburger Feuersturm hatte die Rüstungsproduktion in Hamburg mit „deutschem Durchhaltewillen“ schon wieder 80 Prozent des Leistungsniiveaus vor Gomorrha erreicht. Noch fast zwei Jahre leisteten die HamburgerInnen ihren Beitrag zum Krieg. Sie gaben erst auf, als am 3. Mai 1945 die ersten britischen Panzer über die Elbbrücken rollten – unbeirrt von den Bombardierungen auch weiterer Städte. Ralph Giordano, der die Operation Gomorrha in Hamburg-Barmbek überlebte, betonte: „Am Morgen nach der Nacht, in der Dresden unterging, also am 14. Februar 1945, fuhr der letzte Transport Hamburger Juden nach Theresienstadt ab“. René Senenko, aktiv in

der Ohlsdorfer Geschichtswerkstatt Willi-Bredel-Gesellschaft, brachte es gegenüber dem Autor auf den Punkt: „Das Schicksal Hamburgs wurde nicht 1943 besiegelt, sondern 1933“.

Gaston Kirsche (gruppe bricolage)

- 1 Vgl. etwa einen NDR-Beitrag vom 21. Januar 2013: „Bis heute sieht man den Straßen in Barmbek an, wo sie gekittet wurden. Von der ‚Operation Gomorrha‘ blieb hier fast keine Familie unversehrt. Denen, die das erlebt haben, steckt noch der Schrecken in den Knochen.“ http://www.ndr.de/kultur/kunst_und_ausstellungen/hamburg/feuersturm107.html
- 2 „1943: Operation Gomorrha – das Bombardement auf den Elbinseln“, BallinStadt, 21. 01. bis 31.03. 2013, www.ballinstadt.de
- 3 Welt 22. Januar 2013, Artikel: „Operation Gomorrha“ – Die Bombardierung Hamburgs setzte neue Maßstäbe“
- 4 Hamburger Abendblatt, 01. Februar 2013, Artikel: „Gomorrha auf den Elbinseln“
- 5 In Norddeutschland auch über Hamburg hinaus: „Vor 70 Jahren: Hamburgs schrecklichste Nächte“ ist etwa ein ganzseitiger Artikel in der Dithmarscher Landeszeitung vom 20. Juli 2013 überschrieben, in dem nur ein Halbsatz zur Vorgeschichte, den Verbrechen der deutschen Luftwaffe enthalten ist.
- 6 Hamburger Morgenpost, 24. Juli 2013, Titelseite: „Heute vor 70 Jahren begann das Bomben-Inferno – Die Nacht als Hamburg unterging – 40 000 Tote im Feuersturm – Augenzeugen erinnern sich: ‚als die Stadt zur Hölle wurde – zwölf Seiten Beilage“. Dazu ein Foto von einem Lancaster – Bomber.
- 7 2004: archiv.avanti-projekt.de/p_antifa/pdf/HH_040131_PR.pdf, 2005: <http://www.infoarchiv-norderstedt.org/termine/>

gedenkundgebung-zum-internationalen-frauentag.html

- 8 <http://www.erwartete-katastrophe.de/downloads.html/Programm>
- 9 www.hamburg.de/gedenkjahr-2013
- 10 <http://www.mahnmal-st-nikolai.de/>
- 11 <http://hamburg.vvn-bda.de/2013/07/09/friedensfest-ohlsdorf/>
- 12 <http://www.abendblatt.de/hamburg/article118224242/Das-Ohlsdorfer-Friedensfest-ein-Sieg-ueber-die-Neonazis.html>
- 13 Vgl. <http://www.bombenkrieg-gegen-hamburg.de/>. Auf dieser von Professor F. C. Gundlach, dem ehemaligen zweiten Bürgermeister Hamburgs, Ingo von Münch und dem damaligen Leiter der staatlichen Landesbildstelle, Dr. Joachim Paschen 1993 initiierten Gedenkseite finden sich zahlreiche Trümmer- und Opferfotos. Einleitend heißt es: „Von den Luftangriffen, welche die Stadt Hamburg im Juli 1943 im Zuge der ‚Operation Gomorrha‘ heimsuchten...“. Hervorhebung von mir. Heimsuchung laut Duden = Martyrium, Unglück, Schicksalsschlag.
- 14 Malte Thießen: Gedenken an Hamburgs „schrecklichste Stunden“. Zur Erinnerungskultur des Bombenkrieges von 1945 bis heute. Historicum.net, Themenportal Bombenkrieg (9. März 2005), <http://www.bombenkrieg.historicum.net/themen/hamburg.pdf>. S. 7



Abb. 2: „Die unversehrte Stadt“ – Umschlagillustration des Romans von O. E. Kissel 1949

Beiträge zur Diskussion dieses Artikels bitte an: mail@gruppe-bricolage.org

Von Schachteln, Märchen und neuen Taten

Nachtrag zum TV-Duell Merkel versus Steinbrück

Peer Steinbrück hat, von den Medien wohlwollend aufgenommen, das Bild von den schönen leeren Schachteln gebraucht, die Angela Merkel in die Schaufenster stelle. Er hat die Wählerinnen und Wähler aufgefordert, doch hinein zu schauen und sich von der Leere, dem schönen Schein, selbst zu überzeugen.

Bernd Rixinger hat auf der Pressekonferenz nach dem Duell ein anderes Bild gebraucht, wenn er von dem Märchen sprach, dass die Kanzlerin von der Wohlfühlrepublik Deutschland erzählt habe. Das ist insofern ein gutes Bild, als es das paternalistische Verhältnis zwischen der Kanzlerin und ihrem Volk umfasst. Es ist, das darf man nicht verkennen, ein schönes Märchen von einem Land, das von bösen Mächten und vielen Gefahren bedroht wird. Zu den Bösen zählen auch die Sozis, weil sie die Arbeitsplätze schaffenden Menschen bedrängen, mit Steuern, Mindestlohn und derartigem. Die Guten sind die Fleißigen, Arbeitenden, Bescheidenen. Sie sind wie Angela Merkel. Und sie sind schwach. Aber

wie es im Märchen so ist, der Held ist häufig eine schwache Gestalt, die sich im überschaubaren Kampf zwischen Gut und Böse am Ende durchsetzt und belohnt wird. So wie Frau Merkel es gegen die bösen Männer der Union geschafft hat. Und gegen die bedrohlichen Mächte um Deutschland herum.

Es ist also klar: Merkel präsentiert nicht bloß leere, schöne Schachteln und sie erzählt nicht nur so ein Märchen. Sie stiftet politischen Zusammenhalt. Und der vermittelt Sicherheit. „Tatsächlich ist das Bedürfnis nach Sicherheit das gesamtdeutsche Dispositiv schlechthin“ schreibt Albrecht von Lucke in seinem Artikel „Angela Merkel, sicher ist sicher“ in den neuesten „Blättern“.

Wir müssen uns fragen, welchen politischen Zusammenhalt wir zu stiften in der Lage sind mit unserem Wahlkampf und welche Vorstellung von Sicherheit damit transportiert wird. Und hier wird die Schwäche einer segmentierten Opposition, eine politisch nicht vorhandenen Lagers Mitte-Links deutlich. Wer Die Linke beim Wahl-O-Mat für sich tippt und dennoch nicht zur Wahl dieser

Partei entschließen kann, wer zwischen SPD und der Linken schwankt und sich entscheidet oder auch nicht wählen geht, der wählt jedenfalls nicht eine Alternative, ein anderes Lager, sondern bestenfalls eine Partei. Er wählt die Unsicherheit.

Das schreit geradezu nach einem Ausgleich für den Verlust. Was bieten wir da an Stelle der Gemütlichkeit von Muttis Welt? Wir bieten Freiheit, Engagement, Ehrlichkeit. Auch Mühe und Risiko. Dafür aber auch Solidarität. Den Blick für und die Sorge um den Letzten im Treck. Wir wollen nicht nur durchkommen, sondern Probleme lösen, Neuland betreten. Es gibt etwas zu gewinnen, was uns mehr noch fehlt als diese Sicherheit. Die Fähigkeit, trotz eines bescheidenen Wohlstandes ein Schiff zu betreten und aufs offene Meer hinaus zu fahren. Was du hast verlierst du, wenn du nicht bereit bist, Neues zu erobern. Irgendwie braucht es eine solche Haltung, wie sie Wolf Biermann beschrieb: „Ach du, ach das ist dumm: Wer sich nicht in Gefahr begibt – der kommt drin um!“

Dr. Harald Pätzolt, 2.9.2013

Inhalt

Aktuell

NPD-Tour stößt auf vielfältigen Widerstand • Syrien

Die Linke wirbt für Politikwechsel: Sozial. gerecht. machbar. Mit der Linken.

NSU-Untersuchungsausschuss: Konsequenzen ziehen für Polizei und Geheimdienste

Auslandsnachrichten

Österreich: skandalöse Ausbeutung von Saisonarbeitern • Großbritannien: Gewerkschaften kämpfen für bessere Bahnen • Jordanien: Streik im Luftverkehr abgewendet • Swasiland: Gewerkschaft setzt Anerkennung durch • Bangladesch: Keine Almosen, sondern Entschädigungen! • Papua-Neuguinea: Recht auf gewerkschaftliche Organisation • Australien: Baufirma lässt Klage fallen • USA: Landesweite Streiks für Mindestlohn • T-Mobile USA: Proteste der Telekom-Beschäftigten • Kolumbien: Drummond-Arbeiter von Paramilitärs bedroht • Brasilien: Haarsträubende Mängel beim Arbeitsschutz • Peru: Civil Service Act bedroht Gewerkschaftsrechte

Aktionen ... Initiativen

Demonstration „Freiheit statt Angst“ endet mit Aufruf zu weiteren Aktionen • Umfairteilen am 14. September 2013! • Chemiekonzerne klagen gegen Verbot von Bienenkillern • Vom Flüchtling zur Fachkraft • Armut und Migration – Armutsmigration • Atomwaffenstützpunkt Büchel erfolgreich blockiert • Atom-Müll-Kommission

Hamburg: Ein Viertel wird stigmatisiert – und wehrt sich

Mannheimer Stadtpitze bleibt bei Wasserversorgung durch MVV „aus Kostengründen“ und damit beim Privatisierungsrisiko

Kommunale Politik

Netzzückkauf: Senat missachtet das Transparenzgesetz. Hamburg. • Verschlüsselung gegen flächendeckende Überwachung: Köln. • Beethovenorchester hat Lohnanpassung verdient: Bonn. • Koalition treibt landeseigene Wohnungsgesellschaften in die Überschuldung: Berlin. • SÖS-Linke: Wild-West! Stuttgart. • Umfrageergebnisse zur Wirtschaftsförderung der Landkreise veröffentlicht: Berlin. • „Wir werden diese Menschen schützen“ Berlin. Mietenpolitische Konferenz in Freiburg

Bundestagswahl 2013: Aktionen der Gewerkschaften

„Südeuropäer stürmen Arbeitsmarkt“ – Nichts gelernt?!

Keine Bewegung beim Mindestlohn Einzelhandel

Wirtschaftspresse

Vor der Wahl: Linke Parteien in Europa

70 Jahre „Operation Gomorrha“ – Der vergessene Mustergau Hamburg

Von Schachteln, Märchen und neuen Taten

Neu bei Rosa Luxemburg Stiftung: Studie zum Rechtsextremismus in Griechenland

Als Pdf-Veröffentlichung ist bei der Rosa Luxemburg Stiftung unter dem Titel „Neonazistische Mobilmachung im Zuge der Krise. Der Aufstieg der Nazi-Partei Goldene Morgenröte in Griechenland“ die Studie des griechischen Journalisten Dimitris Psarras erschienen. Das Vorwort gibt einen Eindruck vom Inhalt.

Der Abschlussbericht des Bundestagsuntersuchungsausschusses zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) hat die deutsche Öffentlichkeit aufgeschreckt: Seit mindestens 20 Jahren treiben gut organisierte und gut vernetzte Rechtsextremisten und Rechtsterroristen in Deutschland ihr Unwesen, bereit, aus rassistischen Motiven zu morden.

Die Gefahren von Rechtsextremismus und Neonazismus sind jedoch nicht auf Deutschland beschränkt, sie sind in vielen europäischen Ländern vorhanden. Der Journalist Dimitris Psarras, der sich seit Jahren mit dem Rechtsextremismus in Griechenland beschäftigt, sieht in der neonazistischen griechischen Organisation Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) und vergleichbaren Gruppierungen in anderen Ländern eine wachsende Gefahr für ganz Europa.

Viele Experten vertreten die Auffassung, dass es nach dem Ende der Militärdiktatur 1974 keinen fruchtbaren Boden mehr für Rechtsextremismus und Neonazismus in Griechenland geben würde. Der Aufstieg von Chrysi Avgi beweist, welch fatale Folgen die Verharmlosung des Rechtsextremismus haben. Heute sitzen die Neonazis im griechischen Parlament und verbreiten dort ihre rassistischen, antisemitischen, vom völkischen Nationalismus geprägten, ausländerfeindlichen und menschenverachtenden Ansichten. Gleichzeitig propagieren sie gewalttätige Aktionen gegen Migranten, Ausländer und alle, die ihre Politik ablehnen.

Der Aufstieg von Chrysi Avgi zeigt das rechte Potenzial, das in einer Ge-

sellschaft schlummert und unter bestimmten Umständen vom Rechtsextremismus genutzt werden kann. Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die damit seit 2010 in Griechenland einhergehenden extremen sozialen Verwerfungen bereiteten den Boden für den Aufstieg der griechischen Neonazis. Die Kontakte von Chrysi Avgi zu deutschen Neonazis, aber auch zu Gesinnungsgenossen in Italien, Frankreich, Rumänien, Polen, Spanien, ebenso wie nach Kanada, Australien und in die USA machen darauf aufmerksam, dass die Idee einer „Braunen Internationale“ in den Köpfen der Rechtsextremisten herumspricht.

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und die tödliche Bedrohung, die von ihrer Menschenverachtung ausgeht, sind Grund genug, die Rechtsextremisten als Feinde eines demokratischen, friedlichen und solidarischen Europas ernst zu nehmen. Statt wie der offiziellen Politik in nahezu allen europäischen Ländern zu folgen, die das Ausmaß des Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus verharmlost und sogar leugnet, ist die Beschäftigung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eine der wichtigsten Aufgaben der RosaLuxemburg-Stiftung in Deutschland und international.

Nur dann, wenn wir wissen, was in unseren Ländern, in Europa und in der Welt vor sich geht, wenn wir die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung ebenso wie die Erkenntnisse von Initiativen und Aktivistinnen nutzen, sie veröffentlichen und verbreiten, wird es uns gelingen, auf die sich stellenden Fragen und Herausforderungen gemeinsam und angemessen zu reagieren. Die Neonazis versuchen, sich europaweit zu organisieren. Wir verstehen uns als Teil eines internationalen Netzwerks gegen Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, das mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für Demokratie, friedliche Konfliktlösungen und soziale Rechte für alle eintritt: in Berlin, Brüssel, Athen und überall.



Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 10. Oktober 2013.

Redaktionsschluss: Freitag, 26. Juli.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine:

7. November, 5. Dezember, 16. Januar 2014, 12. Februar.